



Vierteljährlicher Abonnementpreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf.
Außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Inserationsgebihr für den Raum einer
kleinen Seite 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Böhmen 20 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 97. Morgen-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 8. Februar 1890.

Die Kaiserlichen Erlasse.

Der Inhalt der beiden Erlasse des Kaisers über die Arbeiterschutzfragen ist mit herzlicher und ungetheilter Freude zu begrüßen. Es mag ein gewisses Bedenken darüber am Platze sein, daß dieselben nicht von den verantwortlichen Würdeenträgern, an die sie gerichtet sind, gegengezeichnet worden sind, indessen widerstrebt es uns, an diesem Punkte einen besonderen Anstoß zu nehmen. Die Erlasse greifen in Niemandes Rechte, in Niemandes Interessen ein; ihre unmittelbare Absicht geht nur dahin, der Regierung gewisse Informationen zu verschaffen. Die Maßregeln, welche sie vorschreiben, hätten von der Regierung allenfalls veranlaßt werden können, ohne daß der Kaiser persönlich zu denselben den Anstoß gab, mindestens ohne daß seine Genehmigung der Deffentlichkeit kundgegeben wurde. Die Veröffentlichung der beiden Erlasse konnte somit nur den Zweck haben vor der Welt festzustellen, daß die Anregung zu den abfachtingen Reformen von der Person des Kaisers unmittelbar ausgegang. Wir leugnen nicht, daß uns gerade aus diesem Grunde der Schritt besonders lieb ist, und um die guten Absichten des Kaisers zu würdigen, bedarf es in der That keiner Contratgnatur.

Die Erlasse enthalten keine Vorschriften, die unmittelbar zur Ausführung gebracht werden sollen. Sie verlangen lediglich, daß Fragen, welche die Welt jetzt lebhaft bewegen, einer gründlichen Prüfung unterzogen werden. Mehr konnten wir nicht fordern; mehr haben wir in der That nicht gefordert. Der bisherige Zustand war der, daß sämmtliche Parteien des Reichstages und fast sämmtliche Mitglieder desselben dreimal hintereinander einmütig Forderungen aufgestellt haben und daß die Regierung es unterlassen hat, diese Forderungen auch nur einer eingehenden Erwähnung zu unterwerfen. Mit dieser Praxis ist jetzt gebrochen und wir bezweifeln nicht, daß man zu ihr nicht zurückkehren kann. Es geht in keinem wohlgeordneten Staatswesen und am wenigsten in einem constitutionellen Staatswesen an, daß, wenn vierhundert Personen in hervorragender Stellung einmütig einen Wunsch aussprechen, drei oder vier Personen, oder vielleicht gar eine einzige, jede weitere Erörterung mit den kurzen Worten abschneiden, der Vorschlag sei unpraktisch.

Der Erlaß geht von der Annahme aus, daß der Staat in einem Arbeitsvertrage keine Bestimmungen zulassen darf, welche gegen die Sorge für die Gesundheit und gegen die Gebote der Sittlichkeit verstossen. Das stimmt völlig mit den Annahmen überein, die auch wir, unbeschadet unserer Vorliebe für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Freiheit, haben. Mit diesem allgemeinen Satz ist freilich nichts für die Praxis erreicht und es bedarf einer auf genauer Kenntnis der concreten Verhältnisse beruhenden Untersuchung, um festzustellen, wie weit jenes Axiom in gesetzliche Vorschriften umgewandelt werden kann. Einstweilen ist es unsere unerschütterliche Überzeugung, daß die Jugend länger als bisher gegen die Notwendigkeit, für den Erwerb zu arbeiten, geschützt werden muß, daß hinsichtlich der Frauenarbeit auf die physiologische Beschaffenheit des weiblichen Geschlechts ausgiebigere Rücksicht zu nehmen ist. In welchem Umfange dies zu geschehen hat, darüber bleiben wir der Belehrung zugänglich.

Die Möglichkeit, den Arbeitern den gewünschten Schutz zu gewähren, wird einigermaßen eingeschränkt durch die Rücksicht auf die concurrenden Industrien des Auslandes. Die Notwendigkeit, Männerarbeit statt der wohlfeilern Frauen- und Kinderarbeit einzufordern, erhöht die Produktionskosten und macht die davon betroffene Industrie concurrenzunfähig. Dieser Nebelstand kann vielleicht durch internationale Verträge beseitigt werden. Vielleicht, sagen wir; denn wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß auch hier eine Reihe von Schwierigkeiten entstehen. Bei einigen Völkern reist die Jugend schneller als bei anderen, und eine Vorschrift, die für einen Staat zweckmäßig erscheint, kann für den andern zu weit gehen; allein die Möglichkeit, daß ein Versuch misslingt, entbindet nicht von der Notwendigkeit, denselben anzustellen.

Neben dem Arbeiterschutz fügt der eine Erlaß auch noch die corporative Vertretung des Arbeitersstandes in das Ange. Auch hiermit sind wir von Herzen einverstanden. Es scheint sich um ein doppeltes Ziel zu handeln. Einerseits sollen Organe geschaffen werden, welche die Wünsche der Arbeiter zur Kenntnis der Behörden bringen; es sollen also nach Analogie der Handelskammern auch Arbeiterkammern geschaffen werden. Andererseits sollen aber auch Organe vorhanden sein, welche im Namen der Arbeiter über die Arbeitsverhältnisse mit den Arbeitgebern unterhandeln, und somit den Boden für die unpassende Neuordnung entziehen: „Mit Arbeitern verhandle ich nicht.“ Wir versprechen uns viel Gutes davon, wenn in einer geordneten Verathung gewisse ausschweifende Forderungen, wie diejenige eines achtstündigen Normalarbeitsstages, einer eingehenden Prüfung unterworfen und auf ihre Folgen hin untersucht werden. Unter allen Umständen wird es aber auf die Stimmung beschwichtigend einwirken, wenn die Arbeiter sehen, daß ihre Vertreter in den gleichen Formen und mit den gleichen Rechten das Ohr der Behörden erlangen, wie die Arbeitgeber. Wenn wir bei der getroffenen Anordnung irgend etwas zu beklagen haben, so ist es lediglich das, daß sie nicht um einige Jahre früher ergangen ist.

Dass die Vorberathungen beim Staatsrat übertragen worden sind, tadeln wir nicht. Auf jeden Fall halten wir dieses Organ für viel geeigneter als den Volkswirtschaftsrath. Der Staatsrat ist eine Einrichtung von altpreußischem Gepräge und hat in einem gewissen Zeitraum sich große Verdienste erworben. Der Volkswirtschaftsrath entbehrt jeder historischen und jeder gesellschaftlichen Grundlage und kann auf große Erfolge eben nicht zurückblicken. Im gegenwärtigen Augenblick ist freilich der Staatsrat für derartige Aufgaben nichtzureichend besetzt, aber er soll ja ad hoc verstärkt werden.

Ob bei der Auswahl der Männer, die mitarbeiten sollen, die freisinnige Partei berücksichtigt werden wird, ist uns zweifelhaft. Auf Mitglieder derselben, die dazu in hohem Grade geeignet sind, könnten wir hinweisen. Indessen wenn wir in dieser Beziehung eine Zurücksetzung erleiden sollten, so wollen wir uns dadurch die Stimmung nicht verbittern lassen. Zum ersten Male seit langer Zeit stehen wir Absichten und Vorschlägen der Staatsregierung gegenüber, über welche wir uns ausführlich freuen und von denen wir uns großen Nutzen versprechen. Der Partei ist die Gelegenheit gegeben, allen Verdächti-

gungen gegenüber zu beweisen, daß sie lieber schafft als kritisiert, und sie wird gern mitarbeiten, sei es in der Presse, sei es im Reichstage, oder wo sich sonst die Gelegenheit dazu eröffnet.

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. [Tages-Chronik.] Die Abgeordneten Johannsen und Lassen haben im Abgeordnetenhaus einen von Mitgliedern des Centrums unterstützten Antrag eingebracht, in welchem die Staatsregierung aufgefordert wird, die Königliche Regierung in Schleswig anzuseien, daß die Personen aus dem Herzogthum Schleswig, die auf Grund des Wiener Friedens für Dänemark optiert haben, oder vom 11. August 1878 ab ihr Unterthanenverhältniß zu Preußen gelöst haben, von nun ab ohne Bedingungen als preußische Unterthanen aufgenommen werden, wenn sie nach Schleswig zurückkehren und die Aufnahme verlangen. Nach einer Mitteilung des Ribau'schen Bureaus soll Aussicht vorhanden sein, daß die in diesem Antrage ausgesprochenen Wünsche von der Regierung erfüllt werden.

Die Nachricht der Kreuztg., daß Herr von Stumm vom Reichskanzler empfangen wurde, bestätigt sich. Informationen der „B. B.-Z.“ folgen nicht.

Nach dem am 1. April d. J. in Kraft tretenden Militär-Etat wird eine Vermehrung des Personals bei den Corps-Bekleidungsämtern durch Errichtung besonderer Handwerker-Abteilungen stattfinden. Es treten unter andern zu diesen Bekleidungsämtern ein inaktiver Hauptmann, ferner ein Zahlmeister-Aspirant und ein Handwerksmeister, sowie eine Anzahl von Schuhmachern und Schneidern. Bei den neu zu errichtenden Handwerker-Abteilungen werden verschiedene halbinvalide Unteroffiziere zum inneren Dienst und als Schreiber Verwendung finden.

In Luckenwalde, einer Berlin benachbarten Fabrikstadt, hat bekanntlich vor etlichen Wochen ein Aussstand der Gutarbeiter stattgefunden; derselbe ist verunglückt. 150 Luckenwalder Arbeiter haben ihre Brotsstellen verloren. Nun soll gegen die Luckenwalder Fabrikanten ein eigenhändiger Boykott angewandt werden: die Arbeiter Berlins sollen keine Hüte mehr kaufen, die aus Luckenwalder Fabriken herühren. In einer Versammlung der im Hufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurde ein Besluß gefaßt, nur solche Hüte zu kaufen, die mit einer bestimmten Controlmarke versehen sind.

[Die Versammlung deutschfreisinniger Wähler im II. Berliner Wahlkreise,] welche am Donnerstag Abend stattfand, war, wie die „B. B. Z.“ berichtet, überaus stark besucht. Unter den Theilnehmern befanden sich auch zahlreiche Gegner der freisinnigen Partei, namentlich auch Socialdemokraten. Unmittelbar nachdem Herr Kreitling die Verfaßnung eröffnet hatte, erbat sich einer der Leitenden das Wort zur Gesetzesordnung, und da er auf die Strophe des Vorstehenden nicht achtete, so entstand ein lang andauernder Lärm, welcher nur mühsam sich beschwichtigen ließ. Von stürmischem Beifall und dreifachen Hochrufen empfangen, nahm Eugen Richter das Wort: M. h! Das ist hier eine freisinnige Versammlung, und wer nicht zur freisinnigen Partei gehört, ist hier nur Gast und hat keine Störung zu verursachen, sondern das Gaftrecht zu ehren. Wir werden abwarten, ob die Socialdemokraten das Beispiel des gestrigen Abends wiederholen und eine freisinnige Versammlung sprengen werden. Sie würden dadurch nur beweisen, daß sie nicht diejenige Disciplin besitzen, welche ihre eigenen Führer an ihnen vorausgesetzt haben, als sie ihnen durch öffentliche Bekanntmachung ans Herz legten, das Recht anderer Parteien zu achten, weil sie sonst nicht würdig wären des Rechts, welches sie selbst für sich in Anspruch nehmen. (Stürmisches Beifall und erregte Zwischenrufe.) In Berlin ist die freisinnige Partei schlechter gestellt als anderswo, da sie hier nach zwei Seiten hin Front zu machen und nicht nur gegen das Cartell, sondern auch gegen die Socialdemokraten zu kämpfen hat. (Auf: Leider!) In Berlin sind bei den letzten Wahlen speziell in diesem Wahlkreise 19.000 Cartellstimmen abgegeben, es ist aber sehr fraglich, ob dieselben annähernd eben soviel Stimmen abgegeben werden, denn es ist seitdem so mancherlei passirt, was diese Thatache zweifelhaft erscheinen läßt. Der letzte Cartellpartei gehörte, ist hier nur Gast und hat keine Störung zu verursachen, sondern das Gaftrecht zu ehren. Wir werden abwarten, ob die Socialdemokraten das Beispiel des gestrigen Abends wiederholen und eine freisinnige Versammlung sprengen werden. Sie würden dadurch nur beweisen, daß sie nicht diejenige Disciplin besitzen, welche ihre eigenen Führer an ihnen vorausgesetzt haben, als sie ihnen durch öffentliche Bekanntmachung ans Herz legten, das Recht anderer Parteien zu achten, weil sie sonst nicht würdig wären des Rechts, welches sie selbst für sich in Anspruch nehmen. (Stürmisches Beifall und erregte Zwischenrufe.) Das Socialisten-Gesetz ist vorläufig ad acta gelegt. Fürst Bismarck hat dasselbe gewissermaßen jenseits einer Mauer niedergelegt und verlangt von den Cartellparteien, daß sie es im gegebenen Augenblick aufheben sollen. Für das Schicksal des Socialisten-Gesetzes ist die Zusammenfassung des neuen Reichstages von großer Bedeutung. Fünf Jahre sind eine lange Zeit und man kann nicht wissen, welche Handlungen inzwischen eintreten. Es kann sein, daß dieselben günstige sind, und die beiden Erlasse von guter Bedeutung sind, es kann aber auch nicht sein. Wenn man sieht, wie Herr v. Puttmann sich wieder rüttelt, wie er nicht mehr vom Säbel und der Flinte, sondern schon von Kanonen spricht, nicht bloss von kleinen Belagerungszustand, sondern sogar vom großen — so ist das nicht viel versprechend. Herr von Puttmann erklärt sogar frank und frei, daß sich auch Dynastien ohne Verfaßung denken lassen. Gewiß: aber fragt mich nur nicht viel (Heiterkeit.) Solche Zustände findet man allerdings in Russland, und vielleicht würden wir russische Zustände erhalten, wenn sich die Freunde des Herrn von Puttmann erfüllen würden. (Beifall) Wir fragen nicht nach einem kommenden Mann, wir fragen nach dem kommenden Volke und dem kommenden Reichstage, und die Stimmung, die überall aus den Wahlkreisen gemeldet wird, zeugt davon, daß in immer weiteren Volkskreisen danach getrachtet wird, wieder Zustände herbeizuführen, in denn das Volk nicht bloß zu sagen hat, wie regiert wird, sondern wie regiert werden soll. (Lebhafter Beifall.) Sorgen Sie dafür, daß eine kräftige Wahlbewegung ganz Berlin umfaßt, und daß, wenn es auch nicht möglich ist, alle sechs Wahlkreise in Berlin zu besiegen (Oho! Heiterkeit), so doch dieser zweite Wahlkreis der freisinnigen Partei erhalten bleibt. Das sind Sie der freisinnigen Partei, sich selbst und dem Manne schuldig, den als Vertreter zu besiegen bisher eine Ehre des zweiten Wahlkreises war, der in 40 Lebensjahren durchlos und unerschrocken zur freisinnigen Fahne gestanden und stets ein offenes Auge und Ohr gehabt hat für alle Bedürfnisse des Volkes — ich meine Rudolf Birchow! (Lang anhaltender, immer wiederholter Beifall und Hochrufe auf Richter, welche von den Socialdemokraten durch Hochrufe auf Janiszewski beantwortet wurden.) — Nachdem sich der Beifall gelegt, nahm Rudolf Birchow, gleichfalls stürmisch begrüßt, das Wort, um rubig und wenig durch Zurufe unterbrochen, noch einmal seine Stellung zu den Fragen der inneren Politik darzulegen und in allen Fragen des sozialistischen Staates seine Ueberzeugung mit dem Abgeordneten Richter. Das Programm der freisinnigen Partei zeige deutlich, was die Wählerschaft von derselben zu erwarten habe. Redner, welcher die dringende Mahnung an die Socialisten richtete, doch nicht immer mit denselben, längst widerlegten falschen Anschuldigungen zu kommen und im Allgemeinen eine rubige und anständige Discussion zu ermöglichen, schloß mit einem Hoch auf das freisinnige Berlin und den freisinnigen zweiten Wahlkreis. (Stürmisches Beifall.) Herr Kreitling schloß hierauf die Versammlung, und nun entfesselte sich ein unbeschreiblicher Sturm von widersprechenden Kundgebungen. Die immer sich wiederholenden brausenden Hochrufe auf die beiden Redner suchten die Socialdemokraten mit lauten Hochs auf Janiszewski zu überlösen; es gelang ihnen dies aber nicht, und unter demonstrativem Kampfe um den Sieg bei diesen Kundgebungen leerte sich langsam der Saal.

[Der diesjährige Congress für innere Medicin] wird vom 15. bis 18. April in Wien tagen. Die Gegenstände der Hauptverhandlungen sind Befreiungen über die Behandlung der Eiteranfammlungen im Brustfellraume und der chronischen Nierenentzündung. Die einleitenden Vorträge zu dem ersten Gegenstande werden Dr. Scheide vom Hamburger allgemeinen Krankenhaus und Prof. Zimmermann in Basel und diejenigen zum zweiten Prof. Siemssen in München und Prof. Senator in Berlin halten. Die Führung der Geschäfte der Versammlung besorgt Prof. Rothnagel in Wien.

[Zur Wahlbewegung.] In Bielefeld fand am 5. d. Mts. eine conservative Versammlung statt, in welcher Herr von Hammerstein in ausführlicher Weise die Vorgänge anlässlich seiner Kandidatur darlegte und in schärfster Weise gegen die „Berl. Pol. Nachr.“ und den Landrat v. Ditsfurth polemisierte. Wir geben aus der Rede des Herrn v. Hammerstein nach dem Berichte der Kreuzzeitung folgende Stelle: „Es ist mir in meinem Leben am wenigsten etwas Aehnliches passirt, wenn ich bedenke, daß dieser selbe Landrat sich nunmehr als Gegencandidat aufstellen läßt. Herr v. Ditsfurth hat in seiner amtlichen Eigenschaft, durch die amtliche Erklärung lediglich seine persönlichen Geschäfte betrieben. (Sehr richtig!) Nun, m. h., was wunder, daß nun die nationalliberalen Parteiverträge in ganz ähnlichem Sinne antworten, wie Herr v. Ditsfurth. Die Antwort ist in einem Punkte heraus interessant: Der Niederschlag derjenigen Verächtigungen, Verläundungen und Legendenbildungen, die ich Ihnen vorgeführt werden könnte, würde nicht zu einer höheren Beteiligung der Arbeiter an der Produktion führen, sondern zu einer Minderbeteiligung, und diese letztere

würde verbunden sein mit dem Verlust aller politischen und wirtschaftlichen Freiheit. (Beifall.) Die sozialistischen Flugblätter stellen die Sache so dar, als ob die freisinnige Partei die Vertreterin der Arbeitgeber, des Großcapitals und der Börsen-Interessen wäre. Nach diesen Flugblättern wäre also Herr Singer der Vertreter der Proletarier und Herr Birchow ein Vertreter des Großcapitals. Man braucht diese beiden Namen nur zusammenzustellen, um das Unzutreffende dieser Behauptung zu beleuchten. Birchow ein Vertreter des Großcapitals, der Mann, welcher ein langes Leben in unsäglicher Arbeit und ohne Normalarbeitsstag zugebracht hat im Dienste der Menschheit und der wirtschaftlichen Schwächen, unter Hintenanlegung seiner eigenen wirtschaftlichen Interessen. (Lang anhaltender, brausender Beifall und Hochrufe auf Birchow.) Redner widerlegte im Weiteren die Behauptung, daß die freisinnige Partei eine Partei des Arbeitgeber sei, erklärte durchaus seine Zustimmung zu einer Organisation der Arbeiter zur Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen und begrüßte von diesem Standpunkte die neuen Kaiserlichen Erlasse als eine dankenswerthe Wendung zum Besseren. In diesen beiden Erlassen befindet sich nichts, was die freisinnige Partei nicht grundätzlich unterscheiden könnte. Das ist allerdings erst die Ankündigung eines Vorhabens, und zwischen dieser und der Ausführung liegt oft noch ein weiter Weg. Die Thatache, daß sich der Staatsrat damit zu beschäftigen hat, ist nicht sehr vertraut erweidend, und gerade Angestellte dieser Erlasse ist die Wahl von Abgeordneten zum Reichstag doppelt wichtig. Die durch die Erlasse angekündigte Wendung ist eine Huldigung an den Parlamentarismus im Gegenseite zum Ministerialismus, und sie ist um so bedeutungsvoller, als sie nicht verbunden ist mit der sonst bei neuen staatlichen Unternehmungen üblichen Vergroßerung der Machtfestigungen des Reichskanzlers, sondern diesmal einen Rücktritt des Reichskanzlers vom Handelsministerium zur Folge gehabt hat. Daß in den neuen Erlassen nichts enthalten ist, was den Freisinnigen grundätzlich widerstrebt, ist um so erfreulicher, als sonst die neue Socialpolitik des Reiches ihnen allerdings grundätzlich widerstrebt. Redner erläuterte dann in ausführlicher Weise den Inhalt und die grundlegenden Gesichtspunkte dieser Socialpolitik und schiltete die Thatigkeit der freisinnigen Partei auf allen Gebieten zu Gunsten der schwächeren Klassen, namentlich gedachte er der Stellung der freisinnigen Partei in der Frage des Septemnats, in der Frage der Verkürzung der Dienstzeit und namentlich auf dem Steuerrecht, um darzuhun, daß die freisinnige Partei immer mit Ernst für die Erleichterung der Lasten der arbeitenden Klassen, gegen die Erhöhung der indirekten Steuern, der Sölde und der Verbrauchssteuern gekämpft hat. (Beifall) Sind die Socialisten in all diesen Dingen denn ein Haar tapfer gewesen? Davon war nichts zu bemerken. In Versammlungen und Flugblättern greifen uns die Socialisten an — warum thaten sie es denn nicht im Reichstag, wo doch die als Herren die Freisinnigen alle Tage hätten finden können? Dort haben die sozialistischen Abgeordneten ein anderes Gefühl der Verantwortlichkeit, weil sie eine große Masse von Gegnern sich gegenüber sehen, welche auch Gegner der Freisinnigen sind. Sie wissen, daß sie mit solchen unfruchtbaren Verdächtigungen nur die Interessen des gemeinsamen Gegners, des Junkertums fördern (Stürmisches Beifall und erregte Zwischenrufe). Das Socialisten-Gesetz ist vorläufig ad acta gelegt. Fürst Bismarck hat dasselbe gewissermaßen jenseits einer Mauer niedergelegt und verlangt von den Cartellparteien, daß sie es im gegebenen Augenblick aufheben sollen. Für das Schicksal des Socialisten-Gesetzes ist die Zusammenfassung des neuen Reichstages von großer Bedeutung. Fünf Jahre sind eine lange Zeit und man kann nicht wissen, welche Handlungen inzwischen eintreten. Es kann sein, daß dieselben günstige sind, und die beiden Erlasse von guter Bedeutung sind, es kann aber auch nicht sein. Wenn man sieht, wie Herr v. Puttmann sich wieder rüttelt, wie er nicht mehr vom Säbel und der Flinte, sondern schon von Kanonen spricht, nicht bloss von kleinen Belagerungszustand, sondern sogar vom großen — so ist das nicht viel versprechend. Herr von Puttmann erklärt sogar frank und frei, daß sich wiederholenden brausenden Hochrufe auf die beiden Redner suchen die Socialdemokraten mit lauten Hochs auf Janiszewski zu überlösen; es gelang ihnen dies aber nicht, und unter demonstrativem Kampfe um den Sieg bei diesen Kundgebungen leerte sich langsam der Saal.

[Der diesjährige Congress für innere Medicin] wird vom 15. bis 18. April in Wien tagen. Die Gegenstände der Hauptverhandlungen sind Befreiungen über die Behandlung der Eiteranfammlungen im Brustfellraume und der chronischen Nierenentzündung. Die einleitenden Vorträge zu dem ersten Gegenstande werden Dr. Scheide vom Hamburger allgemeinen Krankenhaus und Prof. Zimmermann in Basel und diejenigen zum zweiten Prof. Siemssen in München und Prof. Senator in Berlin halten. Die Führung der Geschäfte der Versammlung besorgt Prof. Rothnagel in Wien.

[Zur Wahlbewegung.] In Bielefeld fand am 5. d. Mts. eine conservative Versammlung statt, in welcher Herr von Hammerstein in ausführlicher Weise die Vorgänge anlässlich seiner Kandidatur darlegte und in schärfster Weise gegen die „Berl. Pol. Nachr.“ und den Landrat v. Ditsfurth polemisierte. Wir geben aus der Rede des Herrn v. Hammerstein nach dem Berichte der Kreuzzeitung folgende Stelle: „Es ist mir in meinem Leben am wenigsten etwas Aehnliches passirt, wenn ich bedenke, daß dieser selbe Landrat sich nunmehr als Gegencandidat aufstellen läßt. Herr v. Ditsfurth hat in seiner amtlichen Eigenschaft, durch die amtliche Erklärung lediglich seine persönlichen Geschäfte betrieben. (Sehr richtig!) Nun, m. h., was wunder, daß nun die nationalliberalen Parteiverträge in ganz ähnlichem Sinne antworten, wie Herr v. Ditsfurth. Die Antwort ist in einem Punkte heraus interessant: Der Niederschlag derjenigen Verächtigungen, Verläundungen und Legendenbildungen, die ich Ihnen vorgeführt werden könnte, würde nicht zu einer höheren Beteiligung der Arbeiter an der Produktion führen, sondern zu einer Minderbeteiligung, und diese letztere

treuen pommerschen Conservativen Herrn v. Hammerstein hätte nicht wiederwählen wollen. Was aber königstreue pommersche Conservativen sich nicht hätten zumuthen wollen, das könnte auch der unterzeichnete Vorstand der königstreuen Ravensberger Nationalliberalen nicht empfehlen. M. h! Vorher sagen sie, ich hätte nach der Neuierung des „Reichs-Anzelgers“ selbst verzichtet. Das ist nun in allen Punkten unwahr. Ich habe nicht infolge der Neuierung des „Reichs-Anzelgers“ auf meine Candidatur in Pommern verzichtet — und das ist ja auch durch die Zeitungen mitgetheilt — sondern ich habe vielmehr im Laufe des Sommers, weil ich sehr genau wußte, daß Herr Minister v. Puttkamer den Wunsch zu erkennen gegeben, seinerseits wieder in den Reichstag zu kommen, und weil es mir sehr verständlich war, daß Herr Minister v. Puttkamer, nachdem er lange Zeit im Stolper Kreise anfängt, seine Familienbeziehungen dort hatte, den Wunsch hatte, dort seine Haken einzulegen, so habe ich mich von vornherein bereit erklärt, im Falle Herr v. Puttkamer den Wunsch hätte, gewählt zu werden, meinerseits auf das dortige Mandat zu verzichten. — Ich habe deshalb einfach in Anknüpfung an die Vorgänge vom Jahre 1881 an hierfür maßgebende Verhältnissekeiten mich gewandt und ihnen nahegelegt, falls das Mandat frei werden sollte, was mir aus Neuierungen des Herrn Commerzienrats Delius im vorigen Winter sehr wahrscheinlich schien, so möge man in Betracht ziehen, ob man mir seine Stimme geben wolle.

In Siegen haben die Nationalliberalen bekanntlich den Missions-inspector Fabri dem Hofprediger Stöcker gegenübergestellt. Herr Fabri erklärt in einem Briefe an die „Westl. Blg.“ es sei ihm zwar unangenehm, dem frommen Hofprediger Abbruch thun zu müssen, allein als ein wahrhaft gläubiger Christ ist er auch überzeugt, daß seine Rominirung „nicht ohne göttliche Schickung“ geschehen sei.

— Lübeck, 6. Febr. [Vroceh Biermann-Meyer.] Das Zeugen-verhör wird fortgesetzt. Die Zeugen Zillner, Martin und Fedder sagen nichts Neues aus, sie arbeiteten in der Rückversicherungs-Abteilung; es war damals besonders viel zu thun, weil die Gesellschaft die Geschäfte der Kieler Societät übernommen hatte. Die vorläufigen Abschlüsse hätten früher definitiv abgeschlossen werden können. — Zeuge Sump weiß nicht, ob Biermann den Auftrag zu den Prämienverschiebungen gegeben habe, ebenso der Zeuge Orog. — Angeklagter Meyer: Für mich war es gänzlich gleichgültig, ob vorläufige oder definitive Abschlüsse erfolgten, meine Arbeit blieb genau dieselbe, von Bummeli kann keine Rede sein. — Sachverständiger Ipsen: Die definitiven Abschlüsse sollen in wenigen Tagen, jedenfalls sobald als möglich erfolgen. — Sachverständiger Lippert: Prämienverschiebungen dürfen nicht vorkommen, es sind ganz ungehörig. Der Effect ist nicht groß. Die rückversichernden Gesellschaften gelangen $\frac{1}{4}$ Jahr später in den Besitz ihres Geldes. — Vertheidiger Friedmann: Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Gesellschaften, für die die „Lübecker“ rückversicherte, eben so handelten; die gerichtlichen Revisionen hätten Prüfungen in dieser Richtung vornehmen sollen. — Zeuge Sternbogen bestätigt, daß es Ende 1887 wegen großer Geschäftslast den Beamten in der Rückversicherungs-Abteilung nicht möglich war, die Geschäfte à jour zu halten, besonders aber den Rückversicherern die definitiven Abrechnungen zu übersenden. — Es kommt nun die lechte beanstandete Manipulation aus 1887, die um 25 000 M. zu niedrige Einstellung der Schadenerfahrengere. — Sachverständiger Schiedanz hat aus den Büchern der Gesellschaft festgestellt, daß ca. 55 000 M. angemeldeter Schaden für 1887 in Reserve zu stellen waren. — Angeklagter will seiner Zeit selbst das Brandenadenservereonto aufgemacht und nur ca. 30 000 gefunden haben, welche Summe er auch in die Bilanz eingestellt habe. — Präzident: Ich habe das Schadenerfahrengere auch noch von dem Herrn Turken aufmachen lassen, um dann diese Arbeit mit der von Schiedanz zu vergleichen und mich von der Richtigkeit des Materials zu überzeugen. Turken ist nun amäthend zu demselben Resultat gekommen wie Schiedanz. — Angeklagter: Ich habe meine Aufstellung sorgfältig nach den Büchern gemacht und habe keine Schadensumme fortgelassen. Ich muß also im einzelnen andere Summen eingestellt haben, als Turken. — Präzident: Wie kann das möglich sein? Die preußische Concessionsurkunde der Gesellschaft schreibt genau vor, daß in die Schadenerfahrengere jeder Schaden so eingestellt werden müsse, wie er angemeldet sei. Ganz gleichgültig, ob die Anmeldung richtig sei. — Angeklagter: Es kommen doch verschiedene Aufstellungen einzelner Posten vor. — Zeuge Turken will die Aufstellung über 55 000 M. gemacht haben, spricht sich aber über die unbedingte Zuverlässigkeit derselben zweifelnd aus. Als er die Arbeit gemacht habe, sei das Material sehr schwierig zu sichern gewesen. Er behauptet auch, daß trotz der bestimmten Forderung des Gesetzes über die Beurteilung einzelner Posten verschiedene Meinungen sein könnten. — In der Donnerstag-Sitzung wurde wieder mit der Erörterung der 1887 zu niedrig eingestellten Brandenadenservereogen begonnen. Aus den Aussagen der Sachverständigen und Zeugen ging die Möglichkeit hervor, daß die von der Staatsanwaltschaft vertretene Summe von 55 000 M. als richtige Reserve etwas zu hoch gegriffen sei, weil der Angeklagte sich nach der Urteile berechtigt gegrüßt habe, von der Summe der Schäden Unkosten abzuziehen, welche die Gesellschaft auf diese Schäden à conto der Rückversicherer schon geleistet hatte. Es wurden diese Unkosten als höchstens 6 bis 7000 M. betragend von den Sachverständigen angegeben. Die große Differenz zwischen der vom Angeklagten eingestellten und wirklich eingestellenden Summe wird also nicht aufgeklärt. Der Angeklagte versuchte zwar aus seinen Aufzeichnungen Alles zu erklären, aber er konnte sich nicht deutlich machen. — Eine längere Auseinandersetzung entpuppt sich wieder über Buchungsformen und Usancen. Die Sachverständigen sind mehr oder weniger entschieden der Ansicht, Biermann habe die Bücher, welche die Schadenerfahrengere betreffen, besonders mit Rücksicht auf die Aufstellung der Bilanz nicht übersichtlich und genau genug geführt und

deshalb sei jetzt kein Anhalt mehr zu bekommen, wie Biermann im Einzelnen zu der Summe von 30 000 M. gekommen sei.

D e s t e r r e i c h - U n g a r n .

Prag, 6. Febr. [Die Rechte über den Ausgleich.] Das Executivcomité der Rechten hielt gestern eine zweitägige Conference über die durch den Ausgleich geschaffene politische Lage ab. In der Discussion wurde, wie „Narodni listy“ melden, hervorgehoben, daß sich der Ausgleich erst im Werden befindet und dessen Consequenzen auf die parlamentarische Gruppierung nicht schon jetzt verwirklicht werden könnten. Für das Executivcomité der Rechten besteht kein Grund, seine Berathungen einzustellen. Die Rechte müsse zu mindest so lange solidarisch bleiben, bis die Hauptvorlagen über den Ausgleich Gesetzeskraft erlangen. Es sei sehr zu wünschen, daß dies ehestens geschehe und daß der gegenwärtige Sessionsabschnitt möglichst abgekürzt werde. Allen Clubs soll nahe gelegt werden, die Budget-debatte abzufürzen und die Absicht der Regierung, den Reichsrath vor Ostern zu schließen, nicht zu vereiteln. Der böhmische Landtag soll die wichtigsten Ausgleichsvorlagen bis zu Pfingsten erledigen, da die Delegationen in den letzten Tagen des Monats Mai oder in den ersten Tagen des Juni zusammenentreten. Daraus folge, daß die Rechte sich in allen Fragen reservirt verhalten und nichts von Bedeutung unternehmen werde. Abwarten, sei die Signatur des Tages. Die Regierung concentrirt all ihre Aufmerksamkeit auf den Ausgleich. Was auf denselben folgen werde, darüber habe sich die Regierung zu keinem Vertrauensmann der Rechten geäußert und keiner von diesen habe auch irgend eine Neuierung der Regierung provocirt.

F r a n k r e i c h .

[Das Fernsprechwesen] hat in Frankreich vielfache Angriffe erfahren. Unlängst ist in der französischen Kammer das Fernsprechwesen Gegenstand der Erörterung gewesen; der Handelsminister hat sich bei dieser Gelegenheit u. a. wie folgt geäußert: Der verehrte Herr General-Post- und Telegraphen-Director Coulon, dessen Eifer ich die beste Anerkennung zollen und über dessen Rücktritt aus seiner gegenwärtigen Dienststellung ich auch an dieser Stelle mein lebhaftes Bedauern nicht unterdrücken kann, hatte sich nach Berlin begeben, um die dort bestehenden Einrichtungen bezüglich des Fernsprechwesens zu studiren, er ist von dort mit der Überzeugung zurückgekommen, daß wir in diesem Dienstzweige ganz bedeutende Änderungen einführen müssen.

B u l g a r i e n .

[Über die Verschwörung des Majors Paniza] wird der „M. Fr. Pr.“ aus Sofia, 5. Febr., gemeldet: Es ist nunmehr sichergestellt, daß die Verhaftung des Majors Paniza die Folge einer ziemlich ausgedehnten Verschwörung ist, welche dieser Offizier anzetteln versucht hat. Seit etwa vierzehn Tagen hatte die Polizei die Beobachtung gemacht, daß in dem Benehmen des Majors Paniza eine auffallende Veränderung vor sich gegangen war. Man sah ihn häufig Cafés chantants besuchen, wo er viel Geld ausgab, sich befrankt und so viel als möglich junge Offiziere an sich zu ziehen suchte. Gleichzeitig mit Paniza wurde ein Kaufmann, ein gewisser Arnawudow, der ihn häufig besucht hatte und mit einem russischen Weinhandler in Verbindung stand, verhaftet. In der Stadt machte die Verhaftung Paniza's keinen bedeutenden Eindruck. Man fragte höchstens, warum man so lange Nachsicht mit ihm gehabt habe. In der Armee ist er unbeliebt wegen einiger unsauberer Vorfälle, welche seine Vergangenheit befeckten. Die höheren Offiziere geben schon lange nicht mehr mit ihm um. Paniza war unter dem Vorwande, daß er die Befreiung Macedoniens vorbereite, beständig von einer Gesellschaft albanischer und macedonischer Briganten umgeben. Diese haben nicht wenig zu seiner Demoralisirung beigetragen. So war er zum Beispiel in eine Diebstahl-Affaire in Giurgewo verwickelt. Er hatte damals, im Jahre 1885, einige der gestohlenen Papiere zwei Offizieren gegeben, um sie in Wien zu verkaufen. Diese Offiziere wurden aber verhaftet, und nur durch die persönliche Intervention des Fürsten Alexander wurde ihre Unschuld festgestellt und ihnen die Freiheit wiedergegeben. Etwa später war er in ganz ähnlicher Weise beschuldigt wegen eines Einbruchs-Diebstahls, der in Stara-Sagora in Rumänien stattgefunden hatte, und sein Mitschuldiger war damals ein ungarischer Rumäne, Namens Georgescu, der auf das Verlangen der bulgarischen Regierung in Hermannstadt verhaftet und verurtheilt wurde. Georgescu hatte auch gestanden, daß Major Paniza, den er von Rumänien her kannte, ihn nach Bulgarien habe kommen lassen und daß er ihm zu den erwähnten Verbrechen beihilflich gewesen sei. Trotzdem hatte Stambulow, um die bulgarische Uniform nicht zu beschädigen, Nachsicht mit Paniza; er ließ eine Verfolgung gegen ihn nicht zu, aber diese Nachsicht reichte nicht hin, um ihn vor der allgemeinen Misshandlung der bulgarischen Offiziere zu schützen. Gerichtsweise verlautet, daß Paniza überall erklärt habe, Hitrovo habe ihm mitgetheilt, daß, wenn die Bulgaren sich nicht selbst von ihrer gegenwärtigen Regierung befreien, Russland im Monate März zur Occupation Bulgariens schreiten werde. Um diese Occupation zu vermeiden, habe Paniza sich so viel Mühe mit der Verschwörung gegeben, die aber keine Anhänger und keine Sympathie fand. Man sieht hier mit großer Spannung den Ende der Untersuchung entgegen und erwartet namentlich wertvolle Entschlüsse aus den Papieren, die bei dem obenerwähnten Kaufmann Arnawudow beschlagnahmt wurden.

Wiener Plaudereien.

Wien, Anfang Februar.

Vom Burgtheater.

Das Burgtheater sucht einen Director und unter den 40 Millionen Deutschen giebt's, nach einem Wahrwort Wilbrandts, gewiß keine vierzig, vielleicht keine vier, die diefer Ausgabe gewachsen wären. Man nennt unzählige Namen, man hektt unmögliche Candidaturen aus und — verschiebt die Lösung von Tag zu Tag.

Das bekommt aber der Zucht, dem Schif und Schwung der Schauspieler-Gesellschaft nicht gut: am schlechtesten aber schlägt es dem Repertoire an. Seit Wilbrandts Rücktritt hat die noch immer als erste-deutsche Bühne ausgerusene Burg nicht eine Aufführung gehabt, die — wie z. B. Wilbrandts Neubelebung des „Richter von Balamea“ — von allen andern deutschen Theatern hätte als beispielgebend nachgemacht werden müssen. Weder die Leistungen der Lebenden, noch die Werke der Meister entzündeten Zeiten sind in den letzten drei Jahren in Wien an der führenden Bühne zur Geltung gebracht worden. Man gab uns die Schwänke von Schönthan, die Komödie der „Wilddiebe“ (bei welcher das Versteckspiel der Autoren das einzige Spannende war) u. dgl. m. Hebbels „Egges und sein Ring“ halte noch Wilbrandt zur Darstellung bestimmt. Diesen Letztern, den bedeutendsten unter den schaffenden Dramatikern der Gegenwart, verstimmt man durch die siete Hinausschiebung der Aufführung angenommener Stücke („Der Meister von Palmyra“, „Markgraf Waldemar“) so gründlich, daß er es aufgab, neue Schöpfungen bei der Burg weiterhin überhaupt einzureichen. Sein jüngstes Lustspiel: „Marianne“ fand seine erste Darstellung in München. Ist das recht? ist das auch nur thug von unseren Burgtheater-Leuten, daß sie einen Autor von Wilbrandts Verdiensten um Wien, um das deutsche Theater und die moderne National-litteratur ärgern und kränken? Ein Autor dieses Ranges hat — der Bühne und der Zuhörerschaft gegenüber — wohl den Anspruch, mit Werken hervortreten und Versuche wagen zu dürfen, die ihres Gelingens nicht von vornherein sicher sind. Sein „Meister von Palmyra“ zumal — eine Dichtung, die inzwischen den Grillparzerpreis zuerkannt erhalten — hätte längst in Wien auf die Bretter gebracht werden sollen. Mag sein, daß das tiefangelegte Problem dieser Lieblingsdichtung des Rostocker Poeten die Massen nicht so gleich packt. Ist denn aber das Burgtheater nicht eine Bühne, welche nicht ausschließlich nach Geldersfolgen zu fragen hat?

Ei, da liegt ja gerade die Schwierigkeit, auf welche, gleich nach der Eröffnung des neuen Hauses, in diesen Blättern hingewiesen wurde.

Im alten Burgtheater am Michaelerplatz waren die Betriebskosten verhältnismäßig so gering, und die stetigen Einnahmen dagegen so bedeutend, daß der Jahresüberschuss von durchschnittlich 80 000 fl. zur Theilweisen Begleichung des Defizites der Oper dienen konnte.

Das neue Burgtheater dagegen mühte allabendlich 3300 fl. rein und sicher hereinzu bringen, wenn auch nur die in das Unglaubliche gestiegenen Tageskosten gedeckt werden sollten.

Mit dieser finanziellen Schwierigkeit kämpfen die Rechner in der Generalintendantanz so unablässig, wie die Plashalter in der Directionsstube. Mehr und mehr sind Hofbeamten und Theaterleiter gezwungen, Zugstück zu suchen, Kasse zu machen, wie der Durchschnitts-Director einer Privatbühne. Und das Ergebnis dieser lästigen Berückichtigung des Idealen ist —, daß sich im neuen Burgtheater weniger Besucher einstellen, als im alten. Die erste Neugier ist befriedigt; alle Wiener wissen bereits, welche Gebrechen dem herrlichen Schauspiel anhaften. Die teuren Preise, die übermäßigen Vormerk-Gebühren der Stammthe, die schlechten Stehplätze auf den Gallerien: all das und Anderes hat die treuesten Freunde der Anstalt, Keiner, Studenten, die Leute aus dem Mittelstand, die naiven Vorstadt-Schwärmer, die Enthusiastinnen aus dem Volk u. verschreckt oder zum mindesten der Zahl nach verringert. Das Unglaubliche begiebt sich: man erhält Abends, mitunter sogar am Feiertag bei Darstellungen klassischer Stücke, Plätze, Sitze und Logen in das Burgtheater, während ehedem, im Hochwinter, vom Parterre bis zum letzten Galleriestieg auf Wochen hinaus das Haus ausverkauft war.

Ob eine starke Hand heute noch vermöchte, allen Unheil zu steuern, kann nur die Folge lehren. Was einstweilen von der Intendantanz und dem Interim in der Direction gehan wird, verheiht wenig Hilfe.

Man bringt uns Ende dieser Woche die (hier lange nicht geschenken, lange versprochenen) mächtigen Makkabäer von Otto Ludwig mit der Wolter in der Heldenmutter-Nolle der Lea: — eine Gabe, die wir nicht gering schätzen.

Dagegen können wir das Vorhaben, Wilbrandt's „Faust“-Scenarium auf zwei Abende zusammenzustreichen, nicht billigen. Es war einer der größten Theater-Eindrücke, die Gretchen-Tragödie, welche als vollkommen selbstständige Darstellung einen Abend füllte, an sich vorzubereiten zu sehn: Der Abend begann mit der Kirchenscene und

sehr bald stattdessen werde, um Bulgarien von seiner gegenwärtigen Regierung zu befreien. Die Minister wußten somit, was vorgeht, waren jedoch davon überzeugt, daß durchaus keine Gefahr vorhanden sei. Sie ließen deshalb auch Paniza frei gewähren, um alle Fäden des von ihm angeponnenen Complots in die Hände zu bekommen. Als bald brachte das Ministerium in Erfahrung, daß fünf oder sechs junge Offiziere sehr häufig das Haus Paniza's besuchten. Man erfuhr auch die Namen dieser Offiziere und daß sie unaufhörlich in Drohungen gegen die Regierung sich ergehen. Insbesondere prahlten sie damit, daß die Verschwörung am Tage des Hofballs ausbrechen, daß Paniza den Fürsten mit eigener Hand tödten werde, daß seine Mitverschworenen die Minister umbringen und daß sie sich auf diese Art der Herrschaft bemächtigen würden. Der Fürst war die ganze Zeit hindurch über alle Einzelheiten auf genauste unterrichtet, und am Tage vor dem Hofball erhielt der Kriegsminister von ihm den Befehl, und zwar, wie es das Geetz vorschreibt, schriftlich, Paniza zu verhaften. Der Hofball fand statt und fiel glänzend aus. Etwa hundert Offiziere nahmen daran teil, selbst die jungen Leute, welche des Nachts Paniza in seinem Hause zu besuchen pflegten, waren gegenwärtig, und nur er selbst, das Haupt der Verschwörung, fehlte. Der Tanz dauerte bis 5 Uhr Morgens. Um 4 Uhr wurde Major Paniza verhaftet und folgte ganz ruhig seinem Freunde, dem Polizeimeister und dem Stadtkommandanten. Er leistete keinen Widerstand und erhob nicht einmal Wider spruch. Seine Papiere wurden in Besitz genommen, und man fand unter diesen ein verschlüsseltes Schriftstück mit dem Namen des Herrn Hitrowo, des russischen Gesandten in Bukarest, und eine große Anzahl anderer Documente, welche im Augenblick von Stambulow selbst durchsucht werden. Selbstverständlich waren bei der Verhaftung die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen. Etwa 20 Soldaten und Gendarmen waren in Bereitschaft, aber Gewaltanwendung erwies sich als vollständig überflüssig. Gleichzeitig mit Paniza wurde ein Kaufmann, ein gewisser Arnawudow, der ihn häufig besucht hatte und mit einem russischen Weinhandler in Verbindung stand, verhaftet. In der Stadt machte die Verhaftung Paniza's keinen bedeutenden Eindruck. Man fragte höchstens, warum man so lange Nachsicht mit ihm gehabt habe. In der Armee ist er unbeliebt wegen einiger unsauberer Vorfälle, welche seine Vergangenheit befeckten. Die höheren Offiziere geben schon lange nicht mehr mit ihm um. Paniza war unter dem Vorwande, daß er die Befreiung Macedoniens vorbereite, beständig von einer Gesellschaft albanischer und macedonischer Briganten umgeben. Diese haben nicht wenig zu seiner Demoralisirung beigetragen. So war er zum Beispiel in eine Diebstahl-Affaire in Giurgewo verwickelt. Er hatte damals, im Jahre 1885, einige der gestohlenen Papiere zwei Offizieren gegeben, um sie in Wien zu verkaufen. Diese Offiziere wurden aber verhaftet, und nur durch die persönliche Intervention des Fürsten Alexander wurde ihre Unschuld festgestellt und ihnen die Freiheit wiedergegeben. Etwa später war er in ganz ähnlicher Weise beschuldigt wegen eines Einbruchs-Diebstahls, der in Stara-Sagora in Rumänien stattgefunden hatte, und sein Mitschuldiger war damals ein ungarischer Rumäne, Namens Georgescu, der auf das Verlangen der bulgarischen Regierung in Hermannstadt verhaftet und verurtheilt wurde. Georgescu hatte auch gestanden, daß Major Paniza, den er von Rumänien her kannte, ihn nach Bulgarien habe kommen lassen und daß er ihm zu den erwähnten Verbrechen beihilflich gewesen sei. Trotzdem hatte Stambulow, um die bulgarische Uniform nicht zu beschädigen, Nachsicht mit Paniza; er ließ eine Verfolgung gegen ihn nicht zu, aber diese Nachsicht reichte nicht hin, um ihn vor der allgemeinen Misshandlung der bulgarischen Offiziere zu schützen. Gerichtsweise verlautet, daß Paniza überall erklärt habe, Hitrowo habe ihm mitgetheilt, daß, wenn die Bulgaren sich nicht selbst von ihrer gegenwärtigen Regierung befreien, Russland im Monate März zur Occupation Bulgariens schreiten werde. Um diese Occupation zu vermeiden, habe Paniza sich so viel Mühe mit der Verschwörung gegeben, die aber keine Anhänger und keine Sympathie fand. Man sieht hier mit großer Spannung den Ende der Untersuchung entgegen und erwartet namentlich wertvolle Entschlüsse aus den Papieren, die bei dem obenerwähnten Kaufmann Arnawudow beschlagnahmt wurden.

schloß mit der Kerkerseene: gleichsam die Auskunft der Ur-Goethes zur „Kindermörderin“.

Dazu kommt, daß das von Wilbrandt in die Aufführung eingezogene „Vorspiel auf dem Theater“ nach Goethes eigenem, mittlerweile in Weimar aufgefundenen Scenarium dargestellt werden sollte. Nun schalten die Theaterleute dieses vom Dichter Wilbrandt mit richtigem Geschmack auf die Bühne gebrachte Zwischenspiel völlig aus. Keine Frage: die Handwerker des Theaterweins sind zuguterletzt doch nur arme Teufel im Vergleich mit den führenden, künstlerischen Geistern.

Das Burgtheater braucht also dringender als je zuvor neue Kräfte: einen neuen, fähigen Regenten, neue, fähige Darsteller, neue, fähige Autoren und neue, fähige Zuschauer. Und all' diese neuen Leute könnten zusammen nichts Besseres leisten, als den bewährten Alten (Schreyvogel, Laube, Grillparzer, Bauernfeld, Anschütz, La Roche, Rettich, Wolter, Baumeister u. c.) sich ebenbürtig zu erweisen, oder zum mindesten bescheiden nachzuefern. —

5. Februar.

— Diese Zeilen waren zu Ende geschrieben, als die „Neue Freie Presse“ meldete: zum Dramaturgen des Burgtheaters sei ein höherer, auch als Dichter namhafter Staatsbeamter aussersehen, der sich das Recht vorbehält, nach sechsmontatlicher Probezeit in seine Stellung im Staatsdienste zurückzukehren.

Nach dieser Andeutung riehth halb Wien auf Ludwig Doetschi, der bekanntlich Sectionschef und Dramaturf in einer Person ist.

Wenige Stunden nachher brachte das offizielle Amtsblatt der „Wiener Abendpost“, die ganz Wien überraschende Meldung: daß Baron Berger vom Secretariat endgültig entlassen und an seiner Statt zum dramaturgischen Secretär des Burgtheaters — Herr Dr. Max Burckhardt, Ministerial-Vice-Secretär im Unterrichts- und Cultusministerium, ernannt worden sei.

Niemand in Künstler- und Litteratenkreisen hatte bis dahin auch nur den Namen des Herrn Burckhardt vernommen, der, nach der Versicherung geschäftiger Stimmen als Jurist und Beamter tüchtiges geleistet haben und nebenher als Autor eines Poems „Tannhäuser“ auch dichterisch dilettiert haben soll.

Nun mag Herr Dr. Burckhardt ein ganz vortrefflicher, auch seiner neuen Aufgabe gewachsener Mann sein: — Ansehen, Autorität, das erste Erfordernis für einen Theater-Feldherrn, hat er sich erst zu erringen. Die Lösung der Burgtheater-Frage ist damit neuerdings

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 7. Februar.

Gegenüber den in den Reihen des Breslauer Cartells laut gewordenen Neuerungen des Bedauerns über eine Verständigung der Cartellparteien und des Freisinn, gegenüber ferner der erst wieder in den letzten Tagen auf jener Seite ausgesprochenen Hoffnung auf eine solche Verständigung zur gemeinsamen Bekämpfung der Socialdemokratie erscheint der Artikel, mit dem heute die „Schlesische Zeitung“ für die beiden Cartellkandidaten eintritt, in einem sonderbaren Lichte. In gehässigster Weise nimmt er seine Zuflucht zu den widerwärtigsten Schlagwörtern, um die freisinnige Partei zu verdächtigen. Die drei zum Cartell vereinigten Parteien nennen er „staatserhaltend“, natürlich im Gegensatz zu den übrigen nicht cartellistischen Parteien, zu denen außer dem Freisinn diesmal wenigstens mit deutlicher Offenheit das Centrum gerechnet wird. Von der begründeten und sachlichen Kritik der freisinnigen Partei an der alle Lebensmittel verheuernden Zoll- und Wirtschaftspolitik spricht der famous Artikel als von einer demagogischen Verdächtigung der Maßnahmen der Regierung usw.

Sprachhaft wird der Artikel an der Stelle, wo er gegen den Verein zum Schutz des Handels und Gewerbes“ Stellung nimmt. Hier wird zu Gunsten des cartellistischen Kandidaten für den Westbezirk angeführt, daß der Verein diesem Kandidaten getroffen die Wahrung seiner Standesinteressen, insbesondere auch gegen den Consumverein, anvertrauen dürfe. Vierundzwanzig Stunden früher stand in derselben „Schles. Ztg.“ ein Artikel, in welchem in anerkennender Weise von der „so großartig wirkenden Belebung der wirtschaftlichen Selbsthilfe, wie es die Consum-Vereine ohne Frage sind“ gesprochen wurde. Den Gipfel der Curiosität aber erreicht der fragliche Artikel mit der Ablehnung der Thatsache, daß die Breslauer Cartellisten den hiesigen Socialdemokraten offen und versteckt bei Stichwahlen Hilfe geleistet hätten.

Nach der Übersicht, welche das städtische statistische Amt in seinem jüngsten Monatsbericht giebt, fanden in der Stadt Breslau im Jahre 1889 bei einer mittleren Bevölkerung von 314880 Personen 3138 Eheschließungen statt, also nahezu 1 Eheschließung auf je 100 Personen, und zwar die meisten (312) im October, die wenigsten (221) im December. — Die Zahl der Geburten betrug 12026 = 382 auf je 10000 Einwohner, und zwar waren männlich 6146 = 51,11 p.C., weiblich 5880 = 48,89 p.C. der Geborenen. Unter der Zahl der Geburten aber waren 574 = 4,77 p.C. Todgeborenen (305 männl., 269 weibl.). Die geringste Zahl von Geburten und darunter die relativ größte Zahl von Todgeborenen wies der December auf mit 921 Geburten, von denen 53 = 5,75 p.C. Todgeborenen waren, während im September mit 1078 Geburten, darunter 47 = 4,36 p.C. Todgeborenen, zwar die größte Zahl von Geburten überhaupt und Lebendgeborenen, dagegen im October das günstigste Verhältniß der Todgeborenen, nämlich nur 4,22 p.C. zu verzeichnen ist. Das männliche Geschlecht war unter den Todgeborenen bedeutend stärker, mit 53,14 p.C., vertreten als unter den Lebendgeborenen, 51,00 p.C. Die Zahl der außerehelich Geborenen betrug im Ganzen 2067 = 17,19 p.C. der Geborenen überhaupt, darunter Lebendgeborene 1950 oder nur 17,03 Prozent aller Lebendgeborenen. Was die Häufigkeit der außerehelichen Geburten in den einzelnen Monaten anbelangt, so ergibt sich nachstehende Reihenfolge: März 194, September 193, Februar 192, April 188, October 168, Mai 166, November 165, Januar 163, Juni, August und December je 162 und Juli 152. Bemerkenswerth ist, daß unter den außerehelichen Geburten das männliche Geschlecht mit 49,93 p.C. und unter den unehelichen Lebendgeborenen mit 49,74 p.C. vertreten war. — Gestorben sind im Jahre 1889 im Ganzen 9243 Personen = 294 auf 10000 Einwohner, und zwar männliche 4883 = 52,83 p.C. und 4360 = 47,17 p.C. weibliche. Während sonach der Überschuß der Lebendgeborenen über die Gestorbenen 2209 = 70,15 auf 10000 Einwohner betrug, nahm an demselben das männliche Geschlecht nur mit 958 = 43,37 p.C., das weibliche dagegen mit 1251 = 56,63 Prozent Theil. Von den Gestorbenen standen im 1. Lebensjahr 3553 = 38,44 p.C., und auch hier trat wieder ein bedeutendes Übergewicht einerseits der männlichen Kinder (54,77 p.C. der im 1. Lebensjahr Verstorbenen), andererseits der unehelich geborenen (24,26 p.C.) hervor. Unter den Todesursachen nahmen bei Weitem die ersten Plätze ein: Magen- und Darmkatarrh (bei Kindern bis zu

5 Jahren), woran 971 starben, Lungenschwindsucht, der 924 Personen erlagen und Lungenentzündung, welche 653 Opfer forderte. Nicht unbedeutend ist auch die Zahl der gewaltsamen Todesfälle, nämlich 210 = 2,27 p.C. (vorbehaltlich definitiver Feststellung), darunter 83 durch Verunglückung, 6 durch Todtschlag und Körperverlehung, 2 durch Enthauptung nach dem Gesetze und nicht weniger als 119 durch Selbstmord. Hinsichtlich der letzteren Todesursache nahmen die einzelnen Monate folgende Rangordnung ein: Mai 20, Juni 15, März, September und October je 11, April 10, August 9, Januar 8, Februar und Juli je 7, November und December je 5. Ueberhaupt wiesen die größte Sterblichkeit auf der Juli mit 1139 und der Juni mit 1104, die geringste der October mit 577, also mit nicht viel mehr als der Hälfte der Julizeit.

Interessant ist eine in den Monatsbericht aufgenommene Tabelle von Verhältniszahlen über den Bevölkerungswechsel der Stadt Breslau in den Jahren 1875 bis 1889, aus der sich ergiebt, daß auf 10000 Einwohner im Jahre 1875 die Zahl der Eheschließungen 124 betrug, dann constant gesunken ist bis auf 88 im Jahre 1880 und sich seitdem ebenso allmählich (mit ganz geringfügigen Schwankungen) wieder gehoben hat bis auf 100 im letzten Jahre. Die Zahl der Lebendgeborenen auf 10000 Einwohner erreichte die größte Höhe im Jahre 1876 mit 428, sank bis auf 356 im Jahre 1884 und betrug zuletzt wieder 364. Allerdings war auch die Sterblichkeit in den ersten Jahren dieser Periode eine besonders hohe (Mar. 331 im Jahre 1876) erreichte ein Minimum im Jahre 1888 mit 278 und betrug im letzten Jahre 294. Der Gang ist hier ein bedeutend unregelmäßiger als bei den Eheschließungen und Geburten. Den größten Überschuß an Geburten hatte das Jahr 1876 mit 115, den geringsten das Jahr 1884 mit 38, also noch nicht $\frac{1}{2}$, so viel als 1876.

Gottesdienste. St. Elisabet. Vormittag 9: Diaconus Konrad. Nachm. 5: mit der Maria-Magdalenen-Gemeinde vereinigt. — Beichte und Abendmahl früh 8: Diacl. Just und Vorm. 10 $\frac{1}{2}$: Sub-Sen. Schulze. — Jugendgottesdienst Nachm. 2: Diaconus Konrad. — Mittwoch Nachm. 5: Diaconus Gerhard. — Morgenandachten täglich früh 8: Hilfsprediger Lehfeld.

Begräbniskirche. Vorm. 9: Diaconus Just.

Krankenhospital. Vorm. 10: Prediger Missig.

St. Trinitatis. Vorm. 9: Prediger Müller. — Dienstag Vormittag 9: Prediger Müller.

St. Maria-Magdalena. Früh 7 (St. Christophori): Senior Klüm. — Vorm. 11 (Elisabethkirche): Pastor Maj. Nachm. 5 (Elisabethkirche): Senior Klüm. — Beichte und Abendmahl früh 7 $\frac{1}{2}$ (St. Christophori) und Mittags 12 (Elisabethkirche): Sub-Sen. Schwarz.

Armenhaus. Vorm. 9: Prediger Liebs.

Arbeitshaus. Vorm. 10 $\frac{1}{2}$: Prediger Liebs.

St. Bernhardin hospital. Mittwoch Abends 6: Diacl. Lic. Hoffmann. — Hoffkirche. Vorm. 10: Pastor Dr. Eisner. — Vorm. 11 $\frac{1}{2}$: Jugendgottesdienst: Pastor Spies.

Elftausend Jungfrauen. Vorm. 9: Pastor Weingärtner. — Nach der Amtspredigt Abendmahlseier durch Senior Abicht. Nachm. 5: Senior Abicht.

St. Salvator. Vormittag 9: Senior Meyer. Nachm. 5: Festgottesdienst des Evang. Männer- und Jünglings-Vereins „Zoar“: Pastor Godewitz. — Beichte und Abendmahl früh 8: Diaconus Weis und Vorm. 10 $\frac{1}{2}$: Senior Meyer. — Jugendgottesdienst Vorm. 11: Diaconus Weis. — Freitag Vorm. 8 $\frac{1}{2}$: Beichte und Abendmahl: Diaconus Weis. — Amtswache: Diaconus Weis.

St. Barbara. Vorm. 8 $\frac{1}{2}$: Pastor Kutta. Nachm. 2: Prediger Kristin. — Beichte: Vorm. 10: Pastor Kutta.

Militärgemeinde. Vorm. 11: Prediger Missig.

St. Christophori. Vorm. 9: Pastor Günther. Nachher Abendmahlseier: Pastor Günther. Vorm. 11: Jugendgottesdienst: Pastor Günther. Nachm. 5: Bibelstunde in Klein-Sägen: Pastor Günther.

Bethanien. Sonntag Vorm. 10: Pastor Ulrich. — Nachm. 2: Kindergottesdienst: Pastor Ulrich. Nachm. 5: Pred. Runge (Missionssgottesdienst). — Donnerstag Abend 7 $\frac{1}{2}$: Bibelstunde: Pastor Ulrich.

Evangeliisches Vereinshaus. Sonntag Vormittag 10: Pastor Schubart. Nachm. 12 $\frac{1}{2}$: Kindergottesdienst: Pastor Schubart. — Montag Abend 7: Bibelstunde: Cand. Wiener.

Brüdergemeinde. Sonntag Vorm. 10: Prediger Mosel. — Mittwoch Abend 7: Bibelstunde: Prediger Mosel.

Missionsgemeinde im Brüderhaus. Nachm. 2: Kindergottesdienst: Pastor Becker. — Nachm. 4: Judenmissionsgottesdienst: Pastor Becker. — Montag Abend 7: Judenmissionssstunde: Pastor Becker.

Bethlehem (Alberthstr. 24). Vorm. 10 $\frac{1}{2}$: Pastor Becker.

St. Corpus-Christi-Kirche. Sonntag, den 9. Februar. Allkatholischer Gottesdienst früh 9 Uhr, Predigt: Pfarrer Herter.

Von der Universität. Montag, 10. Februar, Mittags 12 Uhr wird Herr Edmund Ries in der Aula Leopoldina seine Inauguration

Dissertation: „Quae res et vocabula a gentibus semiticis in Graeciam pervenerint, quæstiones selectæ“ zur Erlangung der Doctorwürde gegen die Herren Dr. phil. Hermann Posnansky und Dr. phil. Georg Kramer vertheidigen.

* Zu der deutschfreisinnigen Wählerversammlung, welche morgen, Sonnabend, 8. d. im Rösslerschen Saale, Friedrich-Wilhelmstraße 68, stattfindet, und in welcher der Kandidat für Breslau-Westen, Redacteur und Stadtverordneter Karl Bollrath, und Stadtrichter a. D. und Stadtverordneter Friedländer sprechen werden, sind alle Wähler der deutschfreisinnigen Partei sowie alle diejenigen eingeladen, welche am 20. Februar mit der deutschfreisinnigen Partei stimmen wollen.

* Deutschfreisinnige Wählerversammlung. Montag, den 10en Februar c. Abends 8 Uhr, findet im großen Saale von Friedrich hier, Mauritiusplatz 4, eine Wählerversammlung der deutschfreisinnigen Partei statt, in welcher Kaufmann Emilio Laßwitz und Redacteur Otto Ehlers sprechen werden.

* **Vom Stadt-Theater.** Morgen Sonnabend findet die erste Wiederholung des Trauerspiels von Ernst von Wildenbruch: „Der Generalfeldoberst“ statt. Auf vielfachen Wunsch des Publikums, auch des Sonntags bisweilen Opern heiteren Genres zu hören, hat die Direction für Sonntag, den 9. Februar, Abends komische Oper „Des Teufels Anteil“ angelegt. Nachmittags geht bei halben Preisen zum letzten Male das beliebt gewordene Weihnachtsmärchen „Die sieben Raben“ in Scene. Es ist dies gleichzeitig die letzte Nachmittagsvorstellung in dieser Saison, zu welcher jedem Besucher das Recht zusteht, ein Kind frei einzuführen.

* **Vom Löbeltheater.** Die Première von „Nächtchenliebe“ beginnt Sonnabend 7 $\frac{1}{4}$ Uhr, während der Ansang der weiteren Aufführungen von „Die Ehe“ und „Fall Clémenceau“ auf 7 Uhr festgesetzt bleibt.

* Im Thalia-Theater gelangt Sonntag, den 9. Februar, die durch ihren unwidrigen Humor noch immer gern gesuchte Gelangspose „Pech-Schulze“ von H. Salinger neu einstudiert zur Aufführung. — Der Vorverkauf der Billets findet morgen, Sonnabend, von 10 bis 3 Uhr bei Herrn L. A. Schlesinger, Ring 10/11, Eingang Blücherplatz, statt.

* **Residenztheater.** Wir machen hiermit nachmals darauf aufmerksam, daß Herr Max Löwe morgen Sonnabend zum ersten Male den Buslepp in „Die drei Grazien“ spielt.

* **Concert.** Unser Breslauer Kunstreben weist neben den Abonnements-Concerten noch eine erhebliche Anzahl von Musik-Aufführungen auf, die periodisch wiederkehren. Zu diesen gehören die Concerte zu Gunsten des Chorverbandes. Über das diesjährige können wir nur Gutes berichten. Die Damen Margarete Brandes, Beuer, Burkhardt und Nödiger, sowie die Herren Halper, Sattler und de Bries verdienten den ihnen gespendeten lebhaften Beifall rechtlich. Von den vorgetragenen Stücken sei besonders das Quintett aus „Ossi tantum“ und die Arie „Kunst du das Land“ aus Mignon von Thomas hervorgehoben. Die Orchesterstücke (Breslauer Concert-Capelle) und die Lieder für gemischten Chor (Theaterchor) kamen unter der schwungvollen Leitung des Herrn Kappeler zur vollen Geltung. Herr Niemann Schneider hatte sich als Reuter vorleser in den Dienst der Wohlthätigkeit gestellt. Wie allen Mitwirkenden, gebührt auch ihm aufrichtiger Dank und Anerkennung.

* **Concert Kleeburg.** Zu dem Concert, welches Fräulein Clotilde Kleeburg am 10. Februar in der neuen Börse veranstaltet, haben Fräulein Büsjäger und Herr Max Brug ihre Mitwirkung zugesagt. Erster wird einige Lieder von Lotti, Schubert, Franz, Schumann und Raff zum Vortrag bringen, während Letzterer die Begleitung gütig übernommen hat. — Die Billets sind in der Schleiter'schen Buchhandlung zu kaufen.

* **Stadtverordneten-Versammlung.** In unserem Bericht über die letzte Sitzung ist nachzutragen, daß Stadtverordneter Niemann an Stelle des Stadtverordneten Weinhold, der die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hatte, zum Mitgliede des Wahl- und Verfassungs-Ausschusses gewählt wurde. Von den bei dieser Wahl abgegebenen 65 Stimmen waren 17 ungültig, weil unbeschrieben, von den gültigen 48 Stimmen erhielt Herr Niemann 43, die übrigen zerstreut waren.

* **Personal-Veränderungen im Bezirk des VI. Armee-Corps.** Mittels Gabinetts-Ordre vom 6. Februar 1890 ist der Major von Kotzwiß vom Infanterie-Regiment von Winterfeldt (2. Oberhessischen) Nr. 23 unter Stellung zur Disposition mit der gesetzlichen Pension zum Commandeur des Landwehr-Bezirks Kreuzburg Oberschlesien ernannt; der Major Schüller vom Infanterie-Regiment von Courbière (2. Posenischen) Nr. 19 als Bataillons-Commandeur in das Infanterie-Regiment von Winterfeldt (2. Oberschlesischen) Nr. 23 versetzt worden.

* **Inbiläum.** Am 6. d. M. feierte der Vorsteher des Central-Bureaus der städtischen Bauverwaltung, Rath-秘-Sekretär Sylvius Radig, den 25-jährigen Gedenktag seines Eintritts in jene Verwaltung in den Festräumen der Odd-Fellow-Lodge in der Heinrichstraße.

* **Breslauer Grundbesitzer-Verein.** In der Versammlung vom 6. d. M. wies der Vorsitzende, Commissionsrat Milch, daran hin, daß nach den neuen Verordnungen auf bestimmten Terrains von Scheiting und der Schweidnitzer Vorstadt nur Häuser erbaut werden sollen, welche ein Parterre und 3 Stockwerke enthalten. In diese Maßregel sei die be-

verlagt. Sonnenthal bleibt als provisorischer Bühnenleiter und die eigentliche Herrschermacht behaupten die unsägbaren, unpersönlichen Gewalttaten der Intendant und des Oberhofmeisteramtes.

Geraide diese Hofbehörden aber waren es, die — häufig den Absichten der Monarchen entgegen — jüst die maßgebenden Helfer und Schryvogel wurde von einem brutalen Hößling vor die Thür gesetzt, Laube fiel einer Weiber-Intrigue zu Gunsten des Barons Münch-Bellinghausen (Halm) zum Opfer und nun wird ein mit diesen beiden Vorläufern gewiß nicht zu vergleichender, immerhin aber höchst beachtenswerther Kandidat — Baron Berger — dem Urteil der Kritik zum Trost kurzer Hand entfernt, weil er eine unhaltbare Lage nicht verlängert, verschleppt, in infinitum als „definitives Provisorium“ aufrechterhalten sehen wollte.

Mit einem Wort: man löst Kunstfragen auf bureaukratischem Wege und gefährdet direct das ohnehin schon arg geschädigte, Verfall drohende, alte, liebe Burgtheater, die bedeutendste Kunst- und Bildungsstätte nicht blos des deutschen Schauspiels in Deutschösterreich.

Unmächtige Klagen ändern da nichts. Möglich, daß auch hier die Roth, die zunehmende künstlerische Verwildderung, oder Absall des Stammpublitsums, der Rückgang der Einnahmen die Intendant zu der Erkenntnis ihrer — Unverlässigkeit bringen wird. Nicht umsonst haben erfahrene, maschiole Theaterleute, wie Eduard Devrient und Laube, die ganze Einrichtung der Intendant als schädigend verwünscht. Auch die Kunst braucht Freiheit.

E.

Ein etruskisches Pompeji.

Im Jahre 1886 erfuhr man von der überraschenden Entdeckung eines „etruskischen Pompeji“ im Bolognesischen. Es handelte sich um einige, schon vor fünfzig Jahren entdeckte Ruinen, die man Anfangs als Theile einer großen Nekropole, dann mit mehr Richtigkeit als die einer etruskischen Stadt betrachtete. Aber wenig war davon bloßgelegt worden; ein paar Straßen, Gräber und die Nebenbleibsel von fünf Tempeln auf der Akropolis. Der jetzige Unterrichtsminister Boselli hat die nötigen Summen angewiesen, um Ausgrabungen im großen Maßstab zu unternehmen. Im verflossenen Jahre nun sind dieselben ausgeführt worden und haben wichtige Resultate gezeigt, von denen wir aus einem Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ Folgendes erfahren: Schon früher hatte es sich herausgestellt, daß die etruskische Stadt,

deren Ruinen in Plan di Misano bei Marzabotto existieren, durch zwei große von Ost nach West und von Süd nach Nord laufende Straßen getheilt wurde, die sich rechtwinklig im Centrum der Stadt kreuzten. Der Schnittpunkt der beiden Straßen existirt jetzt nicht mehr, da die Gewässer des Reno, über den die Stadt quer hingelagert war, mehr als die Hälfte des bebauten Bodens verschlungen haben. Die neuesten Ausgrabungen haben nun die Ueberreste einer zweiten, ebenfalls von Ost nach West laufenden Straße bloßgelegt, welche mit der ersten gleichlaufend, 165 Meter nördlich von ihr entfernt war; aller Wahrscheinlichkeit nach ließ südlich davon eine ebensolche Straße, so daß die Stadt drei große decumani (d. h. von Ost nach West laufende Straßen) hatte. Dießelben theilten, durchschnitten vom Cardo (d. h. Straße) von Nord nach Süd laufende Straße), die Stadt in 8 Regionen. Gleichlaufend mit dem Cardo wurde eine große Anzahl kleiner Straßen bloßgelegt, die ihm parallel laufen und, zu je dreien, rechts und links von ihm liegen. Die Hauptstraßen sind 15, die kleineren 5 Meter breit. Von den so gebildeten insulae sind elf bloßgelegt, die alle genau eine Länge von 165 zu einer Breite von 30—40 Metern haben. Eine einzige Insel hat eine Ausdehnung von 165 zu 68 Metern. Diese Regelmäßigkeit der Straßen und die Gleichheit des Flächenraums der Inseln finden sich in manchen Colonien der Römer wieder, wie in Asti (Augusta Praetoria Salassorum) und in dem antiken, neuendings wieder aufgefundenen Plan von Turin (Colonia Julia Augusta Taurinorum). In dieser Uebereinstimmung römischer Colonien mit der etruskischen Stadt liegt der Beweis, daß auch sie eine jener aus einem Wurf entstandenen, nach festem Plan und nach den von den etruskischen Ritualbüchern über die Coloniegründung vorgeschriebenen Regeln errichteten Colonien war, welche die Römer später als Vorbilder für die eigenen nahmen. Die etruskische Colonia bei Marzabotto, die von den Römern vielleicht aus strategischen Gründen ausgegeben wurde, ist die einzige, welche, unberührt von den nachkommenden römischen, mittelalterlichen und modernen Civilisationen, ihren ursprünglichen rustischen Typus unverfälscht bewahren konnte und ist deshalb höchst wichtig für die Erkenntnis der Entwicklungslinie, auf welcher sich die Etrusker im 5. Jahrhundert n. Chr. aus den den Gräbern entnommenen griechischen Vasen bestimmen können. Zwischen dem Bürgersteig und den Häusern steht man auf große 80 Centm. breite Abzugsräumen von verschiedener Tiefe, welche das Vorhandensein eines vollständigen Canalisationssystems beweisen, daß die Römer später erweiterten und vervollkommenen. Die Mauern dieser Abzugsräume sind aus Bruchsteinen aufgebaut und durch große Tuf- oder Travertinblöcke verstärkt, welche letzteren in der sehr tüchtigen Maurerarbeit jener Zeit auch vielfach an Privatgebäuden in Verwendung kamen. Schon die großen Dachziegel, welche durchschnittlich 65 Centim. lang und 40 breit und von 5

benkliche Bestimmung hingekommen, daß die Bebauung der Grundstücke nur bis zur Hälfte ihrer Grundfläche gestattet sein sollte. In Folge dessen sei die Bebauung eines Eckgrundstücks nur dann möglich, wenn dieselbe villenartig geschehe. Da jedoch für die bezeichneten Stadtgegenden der Villenbau nicht obligatorisch sei, so liege die Möglichkeit vor, daß die Nachbarn eines villenartig bebauten Grundstücks ihre Grundstücke nicht in gleicher Weise, sondern dicht an der Grenze bebauen. Hierdurch sei die Möglichkeit vorhanden, daß nach dem freilegenden Eckgrundstück hin auf beiden Seiten Giebelmauern entstehen. Bei einer Kreuzung von zwei Straßen würde man dann 8 Giebelmauern erblicken können. Dies könnte man aber nicht gewollt haben. Es empfehle sich deshalb, den Magistrat um Änderung der bezüglichen Bestimmung zu ersuchen. Die Versammlung schloß sich diesem Antrage an. Nachdem der Vorstande im Weiteren über die Verhandlungen in der Vorstandssitzung des Central-Verbandes, sowie über eine Sitzung des Berliner Grundbesitzer-Vereins in eingehender Weise Bericht erstattet hatte, bezeichnete es Particulier Grosche als ein Unrecht gegen den Hausbesitzer, daß diese das zu öffentlichen Zwecken verbrauchte Wasser mitzubahlen müßten, um einen bestimmten Überfluss der Wasserwerke zu erzielen. Er will rechnungsmäßig gefunden haben, daß, wenn die zu öffentlichen Zwecken verbrauchten 2 Millionen Kubikmeter Wasser von der Stadt ebenfalls bezahlt würden, bei einem Preise von 9 Pf. für den Kubikmeter sich immer noch ein Überfluss von 176 170 Mark für die Stadt ergeben würde. Er wolle aber gar nicht so weit gehen, sondern nur beantragen, den Magistrat zu ersuchen, derselbe möge das Wasser für 12 Pf. pro Kubikmeter (statt 15 Pf.) liefern. Dieser Antrag fand nach kurzer Beprüfung Annahme. Dagegen wurde ein Antrag des Kaufmanns Nabe abgelehnt, wonach der Magistrat um bessere Straßenbeleuchtung ersucht werden sollte. Zum Schluß wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Kabel für die elektrische Beleuchtung unter die Bürgersteige gelegt werden sollen. Das Benutzungsrecht des Bürgersteiges siehe dem Hausbesitzer zu. Dafür habe er die Unterhaltungspflicht des Bürgersteiges. Wenn ihm nun das Benutzungsrecht genommen werden sollte, so könne er auch nicht mehr zur Unterhaltung des Bürgersteiges gezwungen sein. Es werde sich empfehlen, daß jeder Hausbesitzer die Hergabe seines Bürgersteiges für die Legung des Kabels verweigere, wenn ihm nicht gleichzeitig die Unterhaltung des Bürgersteiges abgenommen werde.

St. Landesverein preußischer Volksschullehrer. Der Vorstand des Landesvereins preußischer Volksschullehrer zu Magdeburg, zu dem auch der Schlesische Provincial-Lehrerverein gehört, erließ ioeben ein Rundschreiben an seine einzelnen Zweigvereine. Darnach werden die Aufgaben für die Tätigkeit des Vereins in der nächsten Zeit folgendermaßen bestimmt: „Außer der Aufgabe, eine bessere Versorgung der Lehrer-Hinterbliebenen zu erreichen, soll darum petitioniert werden, daß ein Pensionsgesetz für die Lehrer, auf welche das Pensionsgesetz vom 6. Juli 1855 keine Anwendung findet, erlassen werde. Zur Beratung werden seitens des Vorstandes des Zweigvereines für die nächste Zeit die Fragen erworfen: Soll eine weitere Ausdehnung der staatlichen Dienststalterzulagen oder soll ein Dotations-Gefecht für die Lehrer ersehrt werden? Diese Fragen werden auch aus die Tages-Ordnung der zu Pfingsten dieses Jahres in Magdeburg tagenden Gesamt-Vorstandssitzung gelegt werden. Außerdem soll auf dieser Versammlung über die Stellung des Lehrers im Schulvorstande, über die Herbeiführung eines einheitlichen Termins für den Schulanfang – 1. April – (vom Zweigverein Schlesien beantragt), über die Herbeiführung einer Gleichmäßigkeit bei der An- und Abmeldung von Schulkindern (Verein Schlesien), die Erwirkung von Tagelöbern und Reisekosten zu den amtlichen Conferenzen (Verein Brandenburg) über die Errichtung einer privaten Wittenkasse und über die Klagen, betreffend die unangemessene Behandlung der Lehrer während ihrer Militärdienstzeit, verhandelt resp. beschlossen werden.

* **Zuwendung.** Die hochselige Kaiserin-Wittwe Augusta hat nach der „Schles. Blg.“ der Anstalt Bethanien in Breslau, deren Protectorin sie war, ein Vermächtnis von 3000 M. ausgelegt.

— **d. Verein zur Erziehung hilfloser Kinder.** Mit Ablauf des vergangenen Jahres hat der genannte Verein 40 Jahre bestanden. Er verlor im Jahre 1889 zwei seiner ältesten Vorstandsmitglieder durch den Tod: Frau Propst Schmidler und Frau Kaufmann Emma Laßwitz. An ihre Stelle sind Frau Professor Markgraf und Fräulein Hermine Dohrenfels getreten. Das Vereinsvermögen hat sich um etwa 750 M. gegen das Vorjahr vermehrt. Zu diesem günstigen Abschluß wurde der Verein froh der aus den Überschüssen der städtischen Sparkasse ihm aufgewendeten Beihilfe von 3500 M. nicht gelangt sein, wenn ihm nicht von den Erben der Frau Commerzienrat Carlo ein Geschenk von 1000 M. und von Herrn Dr. jur. F. Thal nach dem Tode seines Vaters, der viele Jahre hindurch Schatzmeister des Vereins gewesen, ein Geheft von 500 Mark überwiesen worden wäre. Auch der verstorbene Stadtverordnete Samosch hat in seinem Testamente den Verein mit einem Legat von 300 Mark bedacht. Außer den Pfleglingen, welche nach ihrer Confirmation in das bürgerliche Leben eintraten, wurden sieben Kinder entlassen, und zwar drei, weil ihre Aufnahme in hiesige Waisenhäuser erfolgte, eins, weil die Mutter nach Berlin verzog, zwei, weil ihre Mutter sich wieder verheirathete, und ein Knabe mußte wegen Unwürdigkeit der Mutter ausgeschlossen werden. Gestorben ist keins der Vereinskinder. Einige schwächliche und kränkliche Kinder des Vereins haben in den Ferien-Colonien und Kinder-Heilstätten Kräftigung gefunden. Ein Mädchen durfte unentbehrlich an dem Nähunterricht des Frauenbildungs-Vereins teilnehmen. Von dem vorjährigen Bestande von 122 Kindern schieden 18 Knaben und 16 Mädchen aus, während 17 Knaben und 9 Mädchen aufgenommen wurden, so daß im Berichtsjahr ein Bestand von 114 Kindern (48 Knaben und 66 Mädchen) vorhanden war. Die Aufnahme neuer Pfleglinge erfolgt in der Regel zu Ostern nach eingehenden Beratungen einer zu diesem Zweck eingefesteten Commission, welche sich die sorgfältige Prüfung der eingelaufenen Gesuche angelegen sieht. Es müssen viele Bittsteller juridischieren werden, da die Mittel des Vereins eine allgemeine Berücksichtigung nicht zulassen. Haben sich doch im verflossenen Jahre die Mitgliederbeiträge wieder um 90 M. vermindert. Die Einnahme betrug im Berichtsjahr 16 415,69 M., die Ausgabe 15 049,60 M. und der Kassenbestand 1366,09 M. Das Vereinsvermögen beziffert sich auf 76 000 M. An Kosten geht gewährt der Verein den Müttern bzw. Pflegeeltern der von ihm aufgenommenen Kinder monatlich 6 M. für die 5 Wintermonate von November bis März 7,50 M. für jedes Kind. Holzgeld wird einmal im Jahre im Betrage von 1,50 M. gezahlt. Außerdem wird jedes Kind mit der nötigen Kleidung versorgt. Auf besonderen Antrag wird auch Bettwäsche bemüht und in der Regel auf Zufuhr von 6 M. Beliebungsgeld an Confirmanden gewährt.

* **Bunzlau, 6. Februar.** [Vom Monde.] Am Mittwoch zeigte der aufgehende Mond, wie der „Niederschles. Courier“ schreibt, ganz eigenartige Erscheinungen. In der Richtung der Scheitelfreiheit, der vom Horizont nach dem Zenith zu, erstreckte sich vom oberen Ende der Mondschweibe, aber nur in der Breite dieser selbst, ein heller Schein, anzusehen wie die Strahlenbüschel bei Nordlichtern. Nachdem der Mond höher gekommen, sah man vom unteren Ende aus eine ebensoleiche Lichterscheinung abwärts auf den Horizont zu gerichtet. Je höher der Mond emporstieg, desto länger wurde der abwärts gerichtete Streifen. Der obere nahm zuerst ab; nach 7 Uhr verschwand dieser zuerst, kurz vor 8 Uhr war auch der untere vergangen.

= **Grünewald, 6. Februar.** [Gefährliches Spielzeug. – Grätrunkn!] In dem benachbarten Dorfe Nittritz spielten die Tage die 2 bzw. 3 Jahre alten Kinder des Einwohners Cyba mit Lupinen. Ein Kind steckte dem andern in je ein Nasenloch eine Lupine. Die Lupinen fingen an zu quellen, und das arme Kind war dem Erstickungstode nahe, ohne daß die Eltern die Ursache dieser Erscheinung kannten. Ein schnell herbeigerufener Arzt, Dr. Tarrach aus Wartenberg, hatte nach langer schwieriger Arbeit das Glück, das Leben des Kindes zu retten. – In Sattel hiesigen Kreises belustigten sich am letzten Sonntag mehrere Kinder damit, den Oderdamm hinab Schlitten zu fahren. Der Schlitten des 10jährigen Knaben Fritsch aus Saarow stiess bis auf das Eis der Oder; dieses brach und der Knabe ertrank vor den Augen seiner Spielgenossen.

— **Göhren, 4. Februar.** [Geflügelaustellung.] Am 1., 2. und 3. März wird im Walter'schen Saale hier selbst die neunte allgemeine Geflügelaustellung stattfinden. Am ersten Ausstellungstage erfolgt eine Prämierung, bei welcher anerkannte Fachmänner als Preisrichter fungieren werden. Mit der Ausstellung ist eine Verlosung verbunden.

== **Kobrowitz, 6. Februar.** [Siechenhaus.] Im nahen Wilschau ist ein Kreis-Siechenhaus eingerichtet worden, welches demnächst seiner Bestimmung übergeben werden soll.

== **Wohlau, 6. Februar.** [Cassierte Lehrerstelle.] In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde dem Vorschlag des Magistrats und der Schulen-Deputation, die fehlste Lehrerstelle an bisher evangelischen Städten aufzuheben, beigetragen. Da auch der königl. Kreis-Schulinspektor für Aufhebung dieser Stelle ist, so dürfte wohl die Genehmigung der

königl. Regierung hierzu nicht ausbleiben, um so eher, als an der kathol. Schule bei fast gleicher Schülerzahl nur drei Lehrer angestellt sind.

p. Frankenstein, 5. Februar. [Einbruch. – Düngerfabrik.] Dem auf der Breslauerstraße im Gasthof „Zum goldenen Löwen“ wohnenden Particulier K. sind in der Nacht vom 1. bis 2. Februar 600 Mark, sowie Gold- und Silbergläser mittelst Einbruch gestohlen worden. – In Gmünd haben sich mehrere Landwirthe zu einem Comité vereinigt, um dadurch eine fünftägliche Düngerfabrik auf Aktien (1000 M.) zu errichten.

* * **Brieg, 5. Februar.** [Communales.] In der heutigen Sitzung der hiesigen Stadtverordneten wurden die wiedergewählten Stadtverordneten Geheimer Justizrat Schneider und Rechtsrat Fehlbaum durch Bürgermeister Heidborn aufs Neue verpflichtet und in ihr Amt eingeführt. Die Springer'sche Fundation, von deren Rechnung Kenntnis genommen wurde, hat einen Capitalzugang von 680 M. aufzuweisen. Um Schluß wurde in nicht öffentlicher Sitzung über Deckung eines Theiles der Communalsteuer durch einen Zuflug von 33½ Prozent zur Gebäudesteuer verhandelt.

t. Kreuzburg, 2. Februar. [Stadtverordneten-Sitzung.] Am 30. Januar fand die erste Sitzung der Stadtverordneten in diesem Jahre statt; vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die neu wiedergewählten Stadtverordneten durch den Bürgermeister Müller feierlich eingeführt und durch Handschlag verpflichtet. Der neu gewählte Rathsbewer Kaufmann Reiner wurde gleichfalls eingeführt und ihm vom Bürgermeister der Eid abgenommen. In das Bureau wurden gewählt: Amtsgerichtssecretär Wezel zum Vorsitzenden, Gymnasial-Oberlehrer J. Karlowits zum stellvert. Vorsitzenden, Kaufmann Heinze zum Schriftführer und Mühlensitzer Felix Prager zum stellvertretenden Schriftführer. Der Stadtverordnete Kapp, dessen Schwiegerohn zum Rathsbewer gewählt wurde, legt auf Grund der Städteordnung freiwillig seine Würde als Stadtverordneten nieder. Es fehlen nunmehr in der Vertretung der Bürgerschaft drei Stadtverordnete der 3. Abteilung, weshalb Ergänzungswahlen vorzunehmen sind. Die Befolgsungs-Scala der hiesigen Elementarlehrer zerfällt in 5 Stufen; die Lehrer der 1. Stufe erhalten ein Jahresgehalt von 750 M., die der 5. Stufe zu 1500 M., außerdem empfangen die verheiratheten Lehrer 180 M., die unverheiratheten 150 M. Wohnungsgeldzuschuß; die Einnahmen für kirchliche Functionen (Organist) sind in das Gehalt eingerechnet, dagegen wird die Einnahme an Gasfischgelde von auswärtigen Schülern unter die Lehrer repartirt. Da bei den seitherigen Zeitverhältnissen eine Aufbesserung des Einkommens der Lehrer als notwendig anerkannt wurde, war die Schuldeputation zum Entwurf einer neuen Gehaltsverordnung beauftragt worden, welche nunmehr mit der Zustimmung des Magistrats der gestern tagenden Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlussfassung vorlag. Nach der neuen Scala würde die erste Stufe dasselbe Einkommen von 750 M. erhalten, die zweite Stufe 1012,50 M., die dritte Stufe 1275 M., die vierte Stufe 1537,50 M. und die fünfte Stufe, welche nach 20-jähriger Dienstzeit erreicht wird, 1800 M. Ferner soll der Wohnungsgeldzuschuß unverändert bleiben, die kirchlichen Einnahmen sollen nicht zum Gehalt gerechnet werden, dagegen soll das Erträgnis der Gasfischgelde der Kommunalsteuer zufallen. Ferner wird in dem Entwurf beauftragt, daß die Lehrer Privatischen nur mit Genehmigung des Kreisschulinspektors ertheilen dürfen. Dem Rector soll eine Jahreszulage von 300 M. gewährt werden. Die Mehrlasten der Commune würden nach Annahme der neuen Scala 2816 M. jährlich betragen. Die neue Scala soll am 1. April 1890 in Kraft treten. Es macht sich gegen den Passus, nach welchem die Erhebung von Privatstunden den Lehrern nur mit Genehmigung des Kreisschulinspektors gestattet ist, eine starke Opposition geltend. Die neue Befolgs-Scala wurde einstimmig angenommen, nachdem die Zusatzbestimmung über die Privatstunden-Erhebung fallen gelassen worden war.

— **Falkenberg, 5. Februar.** [Bahn. – Vaterländischer Frauenverein. – Patent.] Die hiesige Haltestelle wird zum 1. April d. J. bestimmt Station werden. – In der Generalversammlung des hiesigen vaterländischen Frauen-Zweigvereins erfolgte die Dechirgierung der Jahresrechnung pro 1889. Die Einnahme betrug 2043,67 Mf., die Ausgabe 1739,67 Mf., der Bestand also 304 Mf. Der Verein unterhält eine in der hiesigen Stadt eingerichtete Strohschlechte. Von der Gründung eines Localvereins in Schurgast wurde Kenntniß genommen und den Beschlüssen derselben zugestimmt. Zum Schluß erfolgte die Wiederwahl des Vorstandes auf weitere zwei Jahre. Gräfin von Frankenberg-Tillowitz ist Vorsitzende, Landrath von Sydow männlicher Beirat und Kreissekretär. Beide Schriftführer und Schatzmeister. Lehrer Becker in Gabau dieses Kreises hat ein Patent auf eine von ihm erfundene Abbirmaschine erhalten.

— **Laurahütte, 3. Februar.** [Das Bechenhaus.] welches zu Gottesdiensten der evangelischen Gemeinde benutzt wird, ist durch nothwendige Erweiterungen der Bureaux in letzter Zeit bedeutend verkleinert worden und genügt in seinen räumlichen Verhältnissen nicht mehr zum Gottesdienst. Der Bau einer evangelischen Kirche wird immer mehr eine zwingende Nothwendigkeit.

Zur Wahlbewegung in der Provinz.

z. Görlitz, 6. Februar. Der Kandidat der vereinigten Reichsstreuen, Landtagsabgeordneter von Schendendorff, beginnt seine Tätigkeit als Kandidat ebenfalls, wie Stadtverordnete, answarts und zwar in Seidenberg, wo am Sonnabend eine öffentliche Wählerversammlung, zu der Mitglieder anderer Parteien als Gäste geladen sind, stattfinden soll. Dem freisinnigen Kandidaten hat man dort den Saal verweigert mit Berufung auf den angeblichen Wunsch eines dort sehr einflussreichen Fabrikanten, der, wie sich auf Befragen herausgestellt hat, einen derartigen Wunsch niemals geäußert hat. Die Aengstlichkeit einzelner Wirths, die es nicht mit dem Amtsverwalter oder dem Bürgermeister verbergen wollen, scheint die sorgfältige Prüfung der eingelaufenen Gesuche angelegen zu lägen. Es müssen viele Bittsteller juridischieren werden, da die Mittel des Vereins eine allgemeine Berücksichtigung nicht zulassen. Haben sich doch im verflossenen Jahre die Mitgliederbeiträge wieder um 90 M. vermindert. Die Einnahme betrug im Berichtsjahr 16 415,69 M., die Ausgabe 15 049,60 M. und der Kassenbestand 1366,09 M. Das Vereinsvermögen beziffert sich auf 76 000 M. An Kosten geht gewährt der Verein den Müttern bzw. Pflegeeltern der von ihm aufgenommenen Kinder monatlich 6 M. für die 5 Wintermonate von November bis März 7,50 M. für jedes Kind. Holzgeld wird einmal im Jahre im Betrage von 1,50 M. gezahlt. Außerdem wird jedes Kind mit der nötigen Kleidung versorgt. Auf besonderen Antrag wird auch Bettwäsche bemüht und in der Regel auf Zufuhr von 6 M. Beliebungsgeld an Confirmanden gewährt.

— I. Görlitz, 6. Februar. Während die hiesige Cartellpartei gewaltige Anstrengungen macht, für ihren Kandidaten von Schendendorff im Wahlkreis Görlitz-Lauban Propaganda zu machen, bearbeitet Graf Arnum, auf dessen schneidige Rede, die er in Nieder-Rengersdorf gehalten, ihm am 20. Februar die Wähler von Rothenburg-Hoyerswerda die gebührende Antwort geben werden, nunmehr diesen Wahlkreis mit aller Energie. Die in Zibelle am Sonntag abgehaltene freisinnige Wählerversammlung war sehr stark besucht und hatte einen glänzenden Erfolg. Die Rede des Kandidaten Rechtsanwalts Friedemann, welcher die Anwesenden bat, ihre Stimmen ihrer innersten Überzeugung gemäß furchtlos abzugeben und sich in der Ausübung dieses Rechtes durch keinerlei Beeinflussung irre machen zu lassen, verfehlte nicht, Eindruck zu machen. Im Schünenhaus zu Hoyerswerda spricht Sonnabend Stadtsyndicus Ebert aus Berlin und Dr. Friedemann. Zu dieser Versammlung dürften besonders zahlreich Anwesende sein, für den Wahlkreis Görlitz-Lauban Propaganda zu machen, bearbeitet Graf Arnum, auf dessen schneidige Rede, die er in Nieder-Rengersdorf gehalten, ihm am 20. Februar die Wähler von Rothenburg-Hoyerswerda die gebührende Antwort geben werden, nunmehr diesen Wahlkreis mit aller Energie. Die in Zibelle am Sonntag abgehaltene freisinnige Wählerversammlung war sehr stark besucht und hatte einen glänzenden Erfolg. Die Rede des Kandidaten Rechtsanwalts Friedemann, welcher die Anwesenden bat, ihre Stimmen ihrer innersten Überzeugung gemäß furchtlos abzugeben und sich in der Ausübung dieses Rechtes durch keinerlei Beeinflussung irre machen zu lassen, verfehlte nicht, Eindruck zu machen. Im Schünenhaus zu Hoyerswerda spricht Sonnabend Stadtsyndicus Ebert aus Berlin und Dr. Friedemann. Zu dieser Versammlung dürften besonders zahlreich Anwesende sein, für den Wahlkreis Görlitz-Lauban Propaganda zu machen, bearbeitet Graf Arnum, auf dessen schneidige Rede, die er in Nieder-Rengersdorf gehalten, ihm am 20. Februar die Wähler von Rothenburg-Hoyerswerda die gebührende Antwort geben werden, nunmehr diesen Wahlkreis mit aller Energie. Die in Zibelle am Sonntag abgehaltene freisinnige Wählerversammlung war sehr stark besucht und hatte einen glänzenden Erfolg. Die Rede des Kandidaten Rechtsanwalts Friedemann, welcher die Anwesenden bat, ihre Stimmen ihrer innersten Überzeugung gemäß furchtlos abzugeben und sich in der Ausübung dieses Rechtes durch keinerlei Beeinflussung irre machen zu lassen, verfehlte nicht, Eindruck zu machen. Im Schünenhaus zu Hoyerswerda spricht Sonnabend Stadtsyndicus Ebert aus Berlin und Dr. Friedemann. Zu dieser Versammlung dürften besonders zahlreich Anwesende sein, für den Wahlkreis Görlitz-Lauban Propaganda zu machen, bearbeitet Graf Arnum, auf dessen schneidige Rede, die er in Nieder-Rengersdorf gehalten, ihm am 20. Februar die Wähler von Rothenburg-Hoyerswerda die gebührende Antwort geben werden, nunmehr diesen Wahlkreis mit aller Energie. Die in Zibelle am Sonntag abgehaltene freisinnige Wählerversammlung war sehr stark besucht und hatte einen glänzenden Erfolg. Die Rede des Kandidaten Rechtsanwalts Friedemann, welcher die Anwesenden bat, ihre Stimmen ihrer innersten Überzeugung gemäß furchtlos abzugeben und sich in der Ausübung dieses Rechtes durch keinerlei Beeinflussung irre machen zu lassen, verfehlte nicht, Eindruck zu machen. Im Schünenhaus zu Hoyerswerda spricht Sonnabend Stadtsyndicus Ebert aus Berlin und Dr. Friedemann. Zu dieser Versammlung dürften besonders zahlreich Anwesende sein, für den Wahlkreis Görlitz-Lauban Propaganda zu machen, bearbeitet Graf Arnum, auf dessen schneidige Rede, die er in Nieder-Rengersdorf gehalten, ihm am 20. Februar die Wähler von Rothenburg-Hoyerswerda die gebührende Antwort geben werden, nunmehr diesen Wahlkreis mit aller Energie. Die in Zibelle am Sonntag abgehaltene freisinnige Wählerversammlung war sehr stark besucht und hatte einen glänzenden Erfolg. Die Rede des Kandidaten Rechtsanwalts Friedemann, welcher die Anwesenden bat, ihre Stimmen ihrer innersten Überzeugung gemäß furchtlos abzugeben und sich in der Ausübung dieses Rechtes durch keinerlei Beeinflussung irre machen zu lassen, verfehlte nicht, Eindruck zu machen. Im Schünenhaus zu Hoyerswerda spricht Sonnabend Stadtsyndicus Ebert aus Berlin und Dr. Friedemann. Zu dieser Versammlung dürften besonders zahlreich Anwesende sein, für den Wahlkreis Görlitz-Lauban Propaganda zu machen, bearbeitet Graf Arnum, auf dessen schneidige Rede, die er in Nieder-Rengersdorf gehalten, ihm am 20. Februar die Wähler von Rothenburg-Hoyerswerda die gebührende Antwort geben werden, nunmehr diesen Wahlkreis mit aller Energie. Die in Zibelle am Sonntag abgehaltene freisinnige Wählerversammlung war sehr stark besucht und hatte einen glänzenden Erfolg. Die Rede des Kandidaten Rechtsanwalts Friedemann, welcher die Anwesenden bat, ihre Stimmen ihrer innersten Überzeugung gemäß furchtlos abzugeben und sich in der Ausübung dieses Rechtes durch keinerlei Beeinflussung irre machen zu lassen, verfehlte nicht, Eindruck zu machen. Im Schünenhaus zu Hoyerswerda spricht Sonnabend Stadtsyndicus Ebert aus Berlin und Dr. Friedemann. Zu dieser Versammlung dürften besonders zahlreich Anwesende sein, für den Wahlkreis Görlitz-Lauban Propaganda zu machen, bearbeitet Graf Arnum, auf dessen schneidige Rede, die er in Nieder-Rengersdorf gehalten, ihm am 20. Februar die Wähler von Rothenburg-Hoyerswerda die gebührende Antwort geben werden, nunmehr diesen Wahlkreis mit aller Energie. Die in Zibelle am Sonntag abgehaltene freisinnige Wählerversammlung war sehr stark besucht und hatte einen glänzenden Erfolg. Die Rede des Kandidaten Rechtsanwalts Friedemann, welcher die Anwesenden bat, ihre Stimmen ihrer innersten Überzeugung gemäß furchtlos abzugeben und sich in der Ausübung dieses Rechtes durch keinerlei Beeinflussung irre machen zu lassen, verfehlte nicht, Eindruck zu machen. Im Schünenhaus zu Hoyerswerda spricht Sonnabend Stadtsyndicus Ebert aus Berlin und Dr. Friedemann. Zu dieser Versammlung dürften besonders zahlreich Anwesende sein, für den Wahlkreis Görlitz-Lauban Propaganda zu machen, bearbeitet Graf Arnum, auf dessen schneidige Rede, die er in Nieder-Rengersdorf gehalten, ihm am 20. Februar die Wähler von Rothenburg-Hoyerswerda die gebührende Antwort geben werden, nunmehr diesen Wahlkreis mit aller Energie. Die in Zibelle am Sonntag abgehaltene freisinnige Wählerversammlung war sehr stark besucht und hatte einen glänzenden Erfolg. Die Rede des Kandidaten Rechtsanwalts Friedemann, welcher die Anwesenden bat, ihre Stimmen ihrer innersten Überzeugung gemäß furchtlos abzugeben und sich in der Ausübung dieses Rechtes durch keinerlei Beeinflussung irre machen zu lassen, verfehlte nicht, Eindruck zu machen. Im Schünenhaus zu Hoyerswerda spricht Sonnabend Stadtsyndicus Ebert aus Berlin und Dr. Friedemann. Zu dieser Versammlung dürften besonders zahlreich Anwesende sein, für den Wahlkreis Görlitz-Lauban Propaganda zu machen, bearbeitet Graf Arnum, auf dessen schneidige Rede, die er in Nieder-Rengersdorf gehalten, ihm am 20. Februar die Wähler von Rothenburg-Hoyerswerda die gebührende Antwort geben werden, nunmehr diesen Wahlkreis mit aller Energie. Die in Zibelle am Sonntag abgehaltene freisinnige Wählerversammlung war sehr stark besucht und hatte einen glänzenden Erfolg. Die Rede des Kandidaten Rechtsanwalts Friedemann, welcher die Anwesenden bat, ihre Stimmen ihrer innersten Überzeugung gemäß furchtlos abzugeben und sich in der Ausübung dieses Rechtes durch keinerlei Beeinflussung irre machen zu lassen, verfehlte nicht, Eindruck zu machen. Im Schünenhaus zu Hoyerswerda spricht Sonnabend Stadtsyndicus Ebert aus Berlin und Dr. Friedemann. Zu dieser Versammlung dürften besonders zahlreich Anw

(Fortsetzung.)

brauchen, die wir aber immer auf Lager kaufen wollen. Das wäre gar nicht zu rechtfertigen gewesen und ist auch hier ausdrücklich missbilligt worden. Wir machen die Bestellungen jetzt auch nicht so, daß wir einen bestimmten Zeitpunkt festsetzen, sondern wir fragen, zu welchem Preise und bis zu welcher Zeit kann ihr uns Wagen und Lokomotiven bauen? Dann können sich die Fabriken vollständig darauf einrichten. Auf den steigenden Verkehr, welcher sich 1888 sprunghaft bemerkbar machte, konnte die Verwaltung nicht eingerichtet sein; sie hat alles Mögliche geleistet, zumal wenn man bedenkt, daß die fremden Bahnen, auf deren Mithilfe sie sonst rechnen konnte, nicht halfen. Die Verkürzung der Geltungsdauer des Sommerfahrplans ist gegen unseren Willen durchgeführt, weil wir uns nicht dem widersehen konnten, was seitens der Fahrplanverträge für ganz Europa eingerichtet wurde. Wir haben uns gehofft, daß wir eine Menge von Localzügen eingerichtet, die von unserem freien Willen abhängen. Wir werden allen Nebelständen gern abhelfen und mit Ihnen gemeinsam dahin wirken, daß unsere Staatsbahnen so wirken, wie man es sich bei der Verstaatlichung gedacht hat, und wie es im Interesse des Landes liegt. (Beifall.)

Abg. Brömel (fr.): Der Minister meint, daß der Abg. Richter die voraussichtliche Überbreitung der Eisenbahnneinnahmen um ein paar Dutzend Millionen zu hoch gegriffen habe; das läßt sich ja zahlenmäßig nicht widerlegen, aber die Ergebnisse der früheren Jahre haben derselben Annahme des Abg. Richter, die er wiederholt ausgesprochen hat, Recht gegeben.

Wenn der Minister wünschte, daß ein anderes Referat anstatt der Eisenbahnbüßpässe zur Deckung der Staatsausgaben gefunden würde, aber nicht sagte, was er für ein Referat meinte, so wollen wir ein solches durch neue Steuern nicht schaffen. Das Eindringen des Cartellunwesens in unsere industriellen Verhältnisse muß selbst die Freunde solcher Produktionsvereinigungen bedenklich machen. Gerade die Eisenbahnverwaltung mit ihrem großen Bedarf an Kohlen, Eisen und anderem Material ist an einer richtigen Preisbildung auf dem deutschen Markt interessiert, die aber von den Kartellen verhindert wird.

Das Cartellunwesen wird aber durch die natürliche Entwicklung elendiglich zu Grunde gehen. Beim Bestehen von Kartellen wäre eine Frachtermäßigung für Massenprodukte allerdings bedenklich; die Frachterpässe würden dann nicht den Consumenten zugute kommen, sondern nur einem kleinen Kreise von coalirten Produzenten. An Gesalts-

erhöhungen für Beamte sieht dieser Etat 7 600 000 M. vor, eine große Summe, aber sie vertheilt sich auf 163 000 Beamte und Arbeiter, so daß es für den einzelnen in der That herzlich wenig ist. Das Mindestgehalt der Schaffner z. B. soll von 780 auf 810 M. erhöht werden, also um 30 M. pro Jahr, 2½ M. pro Monat und 8 Pf. pro Tag. Auf eine Petition der Beamten, welche sich im vorigen Jahre darüber beschwerten, daß sie in der niedrigsten, der fünften Serviceklasse seien, wurde zugesagt, eine Zwischenklasse zwischen der dritten und vierten zu schaffen. Dieser Etat bringt aber keine Aenderung; ich bitte darüber um Auskunft.

Die Lohnverhöhung für die Eisenbahnarbeiter ist auch sehr gering; diese Arbeiter bekommen von der Staatsbahnverwaltung kaum so viel, wie vor fünfzehn Jahren von den Privatbahnen. Bei den Bahnarbeitern handelt es sich nicht um eine fluctuierende Arbeiterbevölkerung, sondern um Arbeiter, welche Jahrzehnte lang treu ihrer Dienststelle bei der Bahn thun. Bezuglich der Beschaffung neuer Betriebsmittel ist die neue Einrichtung, daß Rückstände aus dem betreffenden Fonds im nächsten Jahre verwendet werden können, anerkennenswert; ebenso wie, daß dieser Fonds um 13 Millionen erhöht worden ist. In stillen industriellen Zeiten auf eine Vermehrung der Betriebsmittel Bedacht zu nehmen, wie der Abg. Berger will, ist nur in sehr engen Grenzen möglich, denn es müßten zur Ausserbringung neuer Wagen besondere Räume beschafft werden. Wenn ein Fabrikant in stillen Zeiten seine Produkte vermehrt, so thut er es, um zu niedrigeren Preisen einen erhöhten Absatz zu erzielen; deshalb muß auch die Staatsbahnverwaltung ihre Betriebsmittel durch Herabsetzung der Tarife höher verwerthen. Die von uns vorgeschlagenen Tarifermäßigungen bedürfen langer Zeit zu ihrer Durchführung und werden erst in Kraft treten, wenn wir wieder mit niedrigen Preisen rechnen. Geht die Staatsbahnverwaltung unter Berücksichtigung dieser Punkte vor, so wird sie handeln, wie ein umsichtiger Industrieller.

Abg. Limburg-Stizum: Der Vorstoss des Beamtenstandes ist, daß er stets gleichmäßige Einkünfte hat und durch Pension vor Roth im Alter geschützt ist; dagegen hängen die Industriellen davon ab, wie die Industrie geht. Stellt man die Eisenbahnbeamten mit denen der Industrie zusammen, so müßten auch die Einnahmen der Eisenbahnbeamten zurückgehen, wenn die Eisenbahnneinnahmen heruntergehen; dafür würden sich die Beamtenstande seiner Natur nach gezogen sind. (Beifall.)

Abg. Tramm: In einer Petition beschweren sich die Eisenbahn-Bureauassistenten darüber, daß sie 10—15 Jahre bis zur festen Anstellung martern müssen; diese Verhältnisse bedürfen einer Aenderung. Für die Besoldungserhöhungen haben die Freisinnigen eine Verhöhung der Lebensmittel durch die Zölle angeführt; die neuliche Zolldebatte hier im Hause war ja sehr lehrreich, es ist aber nicht bewiesen, daß die Lebensmittel wirklich durch die Zölle verhöht sind. Die nationalliberale Partei betrachtet diese Frage nicht als politische und überläßt jedem seine Meinung; deshalb spreche ich auch nur persönlich.

Gegenüber der Behauptung, daß der Weltmarktpreis des Getreides niedriger sei, als der deutsche, haben der Minister v. Bötticher u. A. schlagend nachgewiesen, daß die Preise von sehr viel anderen Conjoncturen abhängen, und daß in den 60er und 70er Jahren ohne Zölle die Getreidepreise höher gewesen sind. Die Getreidezölle sind eingeführt zu Gunsten weiter großer Strecken des Vaterlandes; sie haben ihre segensreichen Wirkungen gelöscht und werden sie noch thun; jetzt zur Zeit der

Märkte können wir sie nicht aufheben. Herr v. Cynern hat neulich sein Steuerprogramm dahin entwickelt, daß von einer Reform der Klassen- und Einkommenssteuer wenig zu erwarten sei, das er vielmehr eine andere Form der Gewerbesteuer und der Erbschaftsteuer wünsche. Die "Freisinnige Zeitung" des Abg. Richter macht daraus einen Leittartikel und behauptet, daß Herr v. Cynern aus der Gewerbesteuer der kleinen Leute weit größere Summen herauszuschlagen wolle, und schließt damit, daß kein Gewerbetreibender einen Nationalliberalen wählen dürfe. Ich bitte den Abgeordneten Richter, seinen Einfluss auf die "Freisinnige Zeitung" dahin geltend zu machen, daß sie die Bezeichnung bringt, daß Herr von Cynern die Klassensteuer durch eine höhere Gewerbesteuer in den oberen Klassen, aber nicht in der Klasse der Handwerker ersetzen will. In Zusammenhang mit dem Erlaß Sr. Majestät des Kaisers röhnt sich das "Berliner Tageblatt", daß die freisinnige Partei die Initiative in der Arbeiterschutzgesetzgebung ergriffen habe (Aurruhe; Rufe: Zur Sache!), und meint, wer es ehrlich meine, müsse anerkennen, daß die wahre Loyalität gegen das Vaterland, die Treue zu Kaiser und Reich bei denen zu finden sei, die man sonst als Reichsfeinde bezeichnete. Es handelt sich in den Erlassen um die Frage der Sittlichkeit und Geschäftlichkeit der Arbeiter, um Dinge, welche der Reichstag wiederholt zum Beschluss gemacht hat. (Rufe: Zur Sache! Erneute Aurruhe.) Wenn man die Aufhebung des Socialistengesetzes mit den Erlassen in Verbindung bringt, so heißt das nicht auslegen, sondern unterlegen. (Sehr richtig! rechts; Rufe: Zur Sache!) Das "Berliner Tageblatt" muß den Horizont seines Leser doch sehr gering anschlagen; doch in dieser Tollheit liegt wenigstens Methode. Mir ist von einer Initiative der freisinnigen Partei bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung nicht viel bekannt, wohl aber von einer Initiative des Centrums, der Conservativen und unserer Seite. (Der Präsident bittet den Redner, zum Eisenbahnrat zu sprechen.) Die Erhöhung der Beamtengehälter ist schon in der Thronrede von 1882 versprochen worden. Die oppositionelle, sozialistische wie freisinnige Presse hat die beabsichtigte Gehaltserhöhung auch dahin ausgebaut, daß sie sagt, sie seien unter dem Druck des Reichstagswohns vorgegeschlagen. Die Beamten sollen dadurch gegen die Cartellparteien und gegen die eigene Regierung eingenommen werden. Der preußische Beamtenstand weiß aber ganz genau, daß er in schweren und guten Tagen eine feste Stütze der Monarchie gewesen ist. (Sehr richtig! rechts.) Ich denke den Minister, der den Gehaltserhöhungen endlich generell das Ascensionsystem, welches der Abg. Lieber schon vor Jahren als geradezu unmoralisch bezeichnet hatte — denn es ist ja immer Einer auf den Tod des Andern angewiesen —, durch das System der Alterszulagen zu ersetzen. Ferner muß das System der Localzulagen besser ausgebildet werden, und schließlich muß weiteren Kreisen von Beamten die Gehaltserhöhungen zu Theil werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Ministerialdirector Brefeld: Dem Herrn Vorredner ist entgangen, daß die Regulierung der Gehälter nach Alterszulagen schon jetzt eingeführt ist. Daß die Bureaubeamten 12 bis 15 Jahre auf Anstellung warten

müssen, ist nicht richtig; wir überwachen die Ascensionsverhältnisse der Beamten genau, um sofort einzutreten, wo es nötig ist. Die Sache liegt so, daß bei sämtlichen Directionen die Anwärter bis einschließlich 1880 zur Anstellung gekommen sind und daß nur bei einer Direction ein geringerer Rückstand aus 1879 vorhanden ist.

Abg. Graf Kanitz behält sich eine eingehende Behandlung der Tariffrage vor; der Antrag Brömel werde hoffentlich dahin wirken, daß das System der Ausnahmetarife erweitert wird.

Abg. Brömel: Herr Tramm hat sich mit den Getreidezöllen beschäftigt; er hat das nationalliberale Programm zu erklären versucht, eine dankenswerthe Arbeit bei der Dunkelheit desselben; er hat sich mit Arbeiten freiwilliger Blätter beschäftigt; ich halte das Haus nicht für den Ort, auf diese Dinge einzugehen. Sie mögen uns für sehr schlimme Leute halten, aber so schlimm wie die Leute vom Schlage des Herrn Tramm sind wir noch lange nicht. (Heiterkeit.)

Abg. v. Cynern: Nachdem Sie die Einsetzung einer besonderen Eisenbahn-Commission abgelehnt haben, wollte ich verschiedene Dinge im Plenum zur Sprache bringen: so die Einrichtung von Restaurationswagen auf den durchgehenden Linien, die Ermäßigung der Fahrtpreise, daß man innerhalb Deutschlands ebenso billig fahren kann, wie nach der Schweiz. Zuletzt ist der Antrag Brömel einer besonderen Commission überwiesen worden; ich werde meine Anfragen und Bitten dort vorbringen.

Abg. v. Huene (Centrum): Der Tarifcommission wünsche ich viel Vergnügen bei Ihren Berathungen; ob sie einen Erfolg haben wird, lasse ich dahingestellt. Herr v. Cynern wird nicht viel Freude daran haben; was verlangt wird, kommt meist aus Interessentenkreisen. Die Ermäßigungen, welche die einen wünschen, schädigen die Anderen. Die Aufbesserung der Beamtengehälter hat die Commission aus ihrer Debatte ausgeschieden, weil eine besondere Vorlage in Aussicht gestellt ist. Diejenigen Kreise, welche am meisten schreien, sind gewöhnlich nicht die bedürftigsten. Herr Tramm hat eine Parteidebatte gehalten, und bei der Frage der Beamtenbesoldung sollte es doch keine Partei geben. Die Rede hatte mit der Eisenbahn nur eine Verbindung; die Entgleisung (Heiterkeit), die weder bei der Eisenbahn noch bei Reden erfreulich ist. (Heiterkeit.) Die Kaiserlichen Erlaße kann unsere Partei am meisten begrüßen; denn ihre Belehrungen waren schon früher auf die Ausdehnung des Arbeiterschutzes gerichtet. (Beifall im Centrum.)

Abg. Cremer hält eine Aufbesserung der Gehälter gewisser Klassen von Bahnbeamten für nothwendig.

Nach einigen mehr persönlichen Bemerkungen der Abg. Graf Kanitz, Brömel und von Cynern schließt die allgemeine Debatte.

Bei der Debatte über die einzelnen Titel bestimmt sich Abg. Olden (snall) über die schlechten Verbindungen zwischen den südlichen Theilen der Rheinprovinz und Elsass-Lothringen.

Abg. von Jazdzweski (Pole) führt Klage über die häufigen Zugverspätungen in der Provinz Posen, über die Überfüllung der Büge und die schlechte Heizung der Waggons.

Referent Abg. v. Tiedemann berichtet dann über die Verhandlungen des Landeseisenbahnraths. Die Überzahl über die Normaltransporttarife sei wesentlich vereinfacht; ein Unterschied bestehe nur noch in Bezug auf die Höhe der Transportgebühren im Osten und im Westen, der auch demnächst beseitigt werden würde. Die Einnahmen werden bewilligt. Der Bericht über die Verhandlungen des Landeseisenbahnraths wird durch

Kenntnahme für erledigt erklärt. Bei den fortduernden Ausgaben, und zwar zunächst bei den persönlichen Ausgaben berichtet Referent Abg. v. Tiedemann über die vorgenommenen Gehaltserhöhungen, Einrichtung neuer Stellen u. s. w.

Abg. Potthius: Infolge der Einführung der Schnellzüge zwischen Köln und Frankfurt a. M. auf der rechten Rheinseite hat sich der Verkehr dort gehoben; aber es fehlen noch die Nachtzüge. Redner bittet den Minister, dieselben einzuführen.

Abg. Berger weist darauf hin, daß aus dem Jahre 1847 ein Ministerialerlaß bestehet, wonach auf gewisse Entfernungen von der Bahn keine Häuser gebaut werden dürfen. Von diesem Erlaß sei wenig bekannt; so kommt es denn, daß den Leuten Terrain enteignet werde, daß dann später für das übrig gebliebene Terrain Baubeschränkungen eintreten, ohne daß eine Entschädigung erfolgt. Das ist eine Schädigung für viele Grundbesitzer.

Abg. von Hergenhahn (snall) begrüßt die Gehaltsausbesserungen für die Beamten der Eisenbahn mit Freude.

Abg. von Schallack (Centr.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß der Minister auf die Anregung des Herrn Berger nichts geantwortet habe.

Ministerialdirector Brefeld: Der Erlaß ist polizeilicher Natur, über seine Anwendung kann ich keine Auskunft geben; ich glaube nicht, daß der Erlaß irgendwie zum Schaden der Adjacenten angewendet worden ist. Uebrigens ist er wohl auch im Laufe des Jahres verändert worden.

Die persönlichen Ausgaben werden darauf bewilligt, ebenso ohne erhebliche Debatte die sachlichen.

Um 3½ Uhr wird die weitere Berathung bis Sonnabend 11 Uhr vertragt. (Etat der Eisenbahnverwaltung und des Finanzministeriums.)

Herrenhaus. 4. Sitzung am 7. Februar.

1 Uhr.

Am Ministerialthe: v. Lucius und Commissarien.

Nach dem Antrage der Justizcommission wird zunächst der Gesetzentwurf betreffend den Antrag des Binsen von den aus dem vormaligen Stadtbrücke von Altona in das Grundbuch übertragenen Hypotheken im Zwangsvollstreckungsverfahren ohne Debatte unverändert angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Ausdehnung des Gesetzes vom 3. März 1850 über den erleichterten Abverkauf kleiner Grundstücke auf ungünstige Abtretung einzelner Gutshäuser oder Zubehörstücke zu öffentlichen Zwecken.

Die Commission empfiehlt die Annahme des Entwurfs in einer nur formal abgeänderten Fassung.

Herr v. Schönig schlägt dagegen eine Fassung vor, welche die Gebühren- und Stempelfreiheit für Unschädlichkeitsatteste ganz allgemein für alle Altesten ausspricht, welche auf Grund dieses Gesetzes, sowie auf Grund der Gesetze vom 3. März 1850 und vom 25. März 1889 ausgestellt sind.

Referent Ober-Bürgermeister Voje theilt mit, daß die Commission mit geringer Mehrheit den Antrag abgelehnt habe, nicht weil sie seiner Tendenz widersprechen, sondern weil sie dieses Gesetz nicht für die geeignete Stelle dazu hielt.

In der Discussion tritt Graf Brühl für die Vorlage ein. Noch 1885 habe er mit der Majorität des Herrenhauses einen ähnlichen Entwurf gehabt, er habe aber seitdem zu seinem eigenen Schaden seinen Irrthum eingesehen.

v. Schönig empfiehlt die Annahme seines Antrags, der bezwecke, für alle Unschädlichkeitsatteste überhaupt Stempel- und Gebührenfreiheit einzuführen. Die Annahme des Antrags sei um so mehr angezeigt, als einbezüglich der Stempel- und Gebührenfreiheit von den Creditdirectionen und von den Generalcomissionen eine verschiedne Praxis befolgt werde.

Minister von Lucius erachtet um die Ablehnung des Antrags von Schönig. Stempel- und Gebührenfreiheit gelte bei Unschädlichkeitsattesten nur im Zusammenhange mit einem Auseinanderziehungsverfahren oder bei Objekten unter 150 M.

Geh. Rath Nathen bittet Namens seines Chefs ebenfalls um die Ablehnung des Antrags.

Professor Dernburg tritt für die Annahme des Ammendements ein; es handelt sich hier überall vorgewiegend um Landeskultur- und öffentliche Interessen, so daß Stempel- und Gebührenfreiheit gerechtfertigt sei. Auch für die Erleichterung der Einrichtung von Rentengütern werde der Antrag von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Minister von Lucius hält dem entgegen, daß die Schaffung von Rentengütern mit diesem Gesetz nichts zu thun habe; Rentengüter seien immerhin doch größere Substanzzüge, nicht kleine Trennstücke von geringem Wert.

Nachdem noch von Kleist-Reckow und Dr. Dernburg sowie der Antragsteller wiederholt für den Antrag eingetreten, wird derselbe mit größerer Mehrheit angenommen und in dieser Fassung das ganze Gesetz.

Namens der 9. Commission berichtet Graf von Frankenberg über den Gesetzentwurf, betreffend die Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in der Provinz Schlesien. Die Commission empfiehlt die Annahme der Vorlage mit geringen Abänderungen. Der Referent geht auf den Ursprung der Vorlage, die in den letzten Jahren durch Hochwasser im Gebiete dieser Flüsse beeinträchtigten Verheerungen zurück, um daran die Ausführung zu knüpfen, daß kein Theil unseres öffentlichen Rechtes so vernachlässigt sei, wie gerade das Wasserrecht, eine Thatsache, welche

indirekt auch durch die dem Hause zugegangene Denkschrift zugegeben werde. Dringend nothwendig sei ein endliches Vorwärtsstreichen auf diesem Gebiete; die Vorlage sei ein Notgesch. und eine Abschlagszählung auf die Nothwendigkeit der Beseitigung der jetzigen Anarchie. Der schlesische Provinziallandtag hat dem Gesetz schließlich zugestimmt. Die aus dem Nothstandsgesetz übrig gebliebenen 2 Millionen sollen für die Zwecke dieses Gesetzes nutzbar gemacht werden; dieser Umstand hat hauptsächlich die schlesischen Landtag zur einstimmigen Annahme veranlaßt. Ohne den ganz unverwirrten Schluß des Landtages im vorigen Jahre wäre die Vorlage schon lange Gesetz. In der Hoffnung, daß auch die Regierung es nur als Abschlagszählung aufgefaßt wissen wolle, empfiehlt die Commission die Annahme.

Fürst Hatzfeld: In der Commission ist der Vorschlag des Entwurfs als der richtige erkannt worden, und man ist auf den im anderen Hause im vorigen Jahre geäußerten Gedanken, die Frage im Wege der Wasser-Gesellschaften zu regeln, nicht zurückgekommen; die Interessen der Adjacenten würden sich ja doch nur in den seltenen Fällen mit denen der Beteiligten decken. Richtiger ist es jedenfalls nun, die Sache auf die Schultern der Kreise zu legen. Derzeitige Gedanken, welcher unserer Gesetze bezüglich der Unterhaltung der Wege zu Grunde liegen, wird hier auf die Flüsse übertragen. Redner bringt eine Beschwerde zur Sprache, die von Auwöhnern des Bartschlusses erhoben wird; diese werden direct in ihrer Existenz bedroht, weil die Räumung des Bartschlusses auf der Strecke, wo der Domänenfiscus dazu verpflichtet ist, entweder gar nicht oder ganz ungünstig besorgt wird. Diese rein locale Angelegenheit zeigt, was alles auf diesem Gebiet noch zu thun übrig bleibt. Im Einzelnen beantrage ich noch, die Verbindlichkeit zur Unterhaltung den Kreisen nicht nach Anhörung des Kreisausschusses, sondern des Kreistages zu übertragen; ferner, noch einen Zufluss dahin zu beziehen, daß bei der Regulierung in der Regel der Staat ein Fünftel, die Provinz ein Fünftel und die beteiligten Kreise drei Fünftel der aufzuwendenden Kosten tragen.

Graf v. Schulenburg-Boihendorf glaubt bei aller Anerkennung der Vorzüge der vorjährigen Denkschrift und des vorgelegten Gesetzentwurfs doch auch darauf hinzuweisen zu sollen, daß die Durchführung der in Aussicht genommenen Vorlagen den Anliegern in ihren bisherigen Rechten auf die Benutzung des Wassers große Verkränkung auferlegt; aber man werde nicht anders vorgehen können, wenn etwas Nützliches auf dem Gebiete des Wasserrechtes geschehen soll; man müsse dann eben den Anliegern die Disposition über das Wasser entziehen. Den Kreisausschuss beantragt ich auch meinerseits durch den Kreistag zu ersezten. Etwa sehr dictatorisch scheinen mir die Bestimmungen über die Aufsicht. Der Landrat kann nicht die Schau über die Unterhaltungsarbeiten persönlich halten; überträgt er sie aber an Unterbeamte oder Gendarmen, so ist das erst recht möglich. Auch dem Antrag des Fürsten Hatzfeld wegen der Vertheilung der Kosten stimme ich zu; nur wenn er angenommen wird, kann ich das Gesetz acceptiren.

Graf Brühl: Wird der Antrag angenommen, dann muß ich das Gesetz vernehmen. Der Zustand in Schlesien besteht seit Jahrhunderten; er hat der Provinz auch vielen Schaden zugefügt, aber es sind auch schon viele Staatsbeihilfen gewährt. Der Staat, das heißt wir, denn der Staat hat nichts, wenn wir nichts zahlen, soll dauernd ein Fünftel der Kosten zahlen! Wir Männer der Ebene, welche den Schaden von dem raschen Zulauf der schlesischen Wasser haben, sollen dafür noch zu zahlen. Das ist ein Unrecht; im Übrigen will ich dem Gesetz nicht widersprechen, aber nur ohne die Überlastung

Parole können wir durchaus zustimmen. Hier liegt ein Boden vor, auf dem wir mit allen unsren Kräften einzutreten müssen, um in positiver Arbeit mitzuwirken an der wohlsährlichen Entwicklung des deutschen Volkes. Wenn die Regierung unsren Grundlagen gemäß vorwärts geht, dann ist es unsre Pflicht, ja unsre Freude, sie thatkräftig zu unterstützen.

Wie denselben Blatte aus Bern berichtet wird, ist dem Schweizer Bundesrat bis jetzt nichts Offizielles bezüglich der Erlasse des Deutschen Kaisers in Sachen des Arbeiterschutzes und den darauf abzielenden internationalen Vereinbarungen von Berlin zugegangen. Hingegen dürfte die offizielle Einladung des Bundesrates zu der auf den 5. Mai anberaumten internationalen Arbeiterschutzkonferenz heute in Berlin eingetroffen sein.

Alle ungarischen Blätter sprechen in Ausdrücken des höchsten Lobes von den Erlassen des Kaisers Wilhelm, dieselben als eine civilisatorische That feiernd. Der „Pester Lloyd“ bemerkt dabei: Das Fehlen der Gegenzzeichnung bei den kaiserlichen Erlassen ist politisch bedeutungslos und nicht verwerthbar für Schlussfolgerungen über die Stellung des Reichskanzlers. Die Gegenzzeichnung wurde nicht für nothwendig erachtet, da es sich um kaiserliche Befehle ohne Rechtswirkung nach außen, um die Vorbereitung von Regierungsbürgern, nicht aber um diese selbst handelt. Auch die gesamte römische Presse beschäftigt sich eingehend mit den kaiserlichen Rescripten. Der clericale „Moniteur de Rome“ zweifelt, daß die neue Evolution den Socialismus aufzuhalten vermöge; sie gebe jedoch den Ideen des Centrums und den Lehren des Papstes seu Recht. — Überwiegend kritisch verhält sich die englische Presse. Die „Times“ findet es bestreitlich, daß der Kaiser vergessen zu haben scheine, daß die in Bern abzuhandelnde ähnliche Konferenz den Gegenstand langer Unterhandlungen mit der Schweizer Regierung bildete und daß die Hauptmächte Europa mit Ausnahme Deutschlands daran teilzunehmen beschlossen hatten. Nach einem Hinweis darauf, daß Österreich, Italien, Russland und die Vereinigten Staaten nicht berufen sind, an der Konferenz teilzunehmen, sagen die „Times“: Wenn eine internationale Regelung von Arbeitsstreitigkeiten auf billiger Grundlage stattfinden soll, ist es eine Hauptbedingung, daß kein Land unbillig gehemmt wird, und dies würde die Aufhebung aller Schutzölle und Prämien in sich schließen. Sind die Arbeiter und die Arbeitgeber der festländischen Staaten vorbereitet, diese Bedingung anzunehmen, so sind wir, was kaum denkbar, am Rande einer riesigen industriellen Umnutzung; wenn nicht, was muß es, einen internationalen Kongress einzuberufen, um Fragen zu erörtern, deren Löfung von Dingen abhängt, welche von der Sphäre der praktischen Fortsetzung schlechterdings ausgegeschlossen sind?

Vom Bismarck-Diner wird dem „B. T.“ noch eine Neuherierung des Fürsten Bismarck berichtet. „Der Kaiser“, sagt der Fürst zu einigen Abgeordneten scherhaft, „hat mich recht lieb, aber imponieren kann ich ihm doch nicht. Versuchen Sie es doch, meine Herren! Vielleicht imponieren Sie ihm. Ich zweifle allerdings daran.“

Der Bundesrat nahm den vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurf, betreffs die Wehrpflicht der Geistlichen, an.

Die „Berl. Pol. Nach.“ zählen eine Reihe von Punkten auf, welche sich der Ausarbeitung einer Vorlage wegen Aufhebung des katholischen Sperrgesetzes entgegenstellen. Es scheint also, als wäre die Einführung der Vorlage noch weit im Felde.

Der von dem Abg. Conrad-Ples im Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzentwurf betreffs des Schutzes der Landwirtschaft gegen Wildschaden lautet:

§ 1. Der durch Schwarz-, Roth-, Elch-, Dam- oder Rehwild, wie auch durch Fasane angerichtete Schaden an Boden, Einsaat, Bevölkerung oder Erzeugnissen ist den Nutzungsberechtigten zu ersparen.

§ 2. Erfolgsförmig sind die Jagdpächter, in Ermangelung eines solchen der Jagdberechtigte.

§ 3. Den Jagdpächtern oder Jagdberechtigten steht, falls nachgewiesen werden kann, daß der Schaden durch Wild verursacht worden ist, welches aus dem Wildstande des angrenzenden oder nächstliegenden Waldeigentümers ausgetreten ist, Ersatzrückgriff an diesen zu.

§ 4. Kommt der Wildstand in einigen Bezirken so überhand, daß die Errichtung der angrenzenden Landwirthe durch Wildschaden überhaupt gefährdet wird, so ist der Waldeigentümer, in dessen Revier sich das in § 1 genannte Wild aufhält, verpflichtet, dasselbe einzugattern; Fasane sind abzuminden.

§ 5. Kommt der Waldeigentümer seiner Verpflichtung, insbesondere der Jagdverbot und Abminderung der Fasane nicht nach, so ist die Aufsichtsbehörde verpflichtet, alle Schritte zu ergreifen, welche die Abminderung des Wildes herbeiführen; insbesondere muß sie den Jagdpächter und die Geschädigten selbst zum Abhau auch während der Schonzeit ermächtigen, und zwar so lange, bis das Wild abgeschossen ist. Das erlegte Wild können die lebsten in ihrem Ruhem verwenden. Die Ermächtigung vertritt die Stelle des Jagdscheins.

§ 6. Die Anmeldeungen von Wildschaden erfolgen bei der Ortspolizeibehörde sofort, spätestens aber innerhalb des nächstfolgenden Tages, nachdem der Geschädigte von dem Wildschaden Kenntnis erhalten hat.

§ 7. Die Ortspolizeibehörde hat sich von dem angemeldeten Wildschaden unter Zugabe der Parteien zu überzeugen und einen gültlichen Ausgleich unter den Beteiligten zu versuchen. Im Falle der Nichteinigung folgt dann die Abschaltung des sonstigen Streitshadens durch Sachverständige, wozu der Geschädigte und der zur Entschädigung Verpflichtete je einen Sachverständigen zu ernennen hat. Im Streitfalle erneut die Aufsichtsbehörde einen Obmann.

§ 8. Wollen sich die Beteiligten mit der Abschaltung des Schadensfalls durch die Sachverständigen nicht zufrieden erklären, so steht den selben die Klage im Verwaltungsstreitverfahren offen.

§ 9. Erfolgt zwischen den Geschädigten und dem Erfolgsförmigen eine Einigung vor den Sachverständigen, so sind diese auf Verlangen der Parteien verpflichtet, den Vergleich schriftlich aufzunehmen. — Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft.

Für v. Stauffenberg ist neuerdings heftig an der Influenza erkrankt und muß daher die für morgen projectirte Abreise in seinen Wahlkreis ausschieben.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover von Bennigsen ist nach mehrjährigem Aufenthalt in Berlin gestern Abend wieder von hier nach Hannover abgereist.

Der „Vorzeitung“ zufolge wäre der frühere Regierungspräsident von Trier, Unterstaatssekretär Nasse, als Oberpräsident der Rheinprovinz in Aussicht genommen.

Trotz des Dementis des „Frank. Journ.“ hält man in Frankfurt a. M. die Meldung, daß die Reise des Polizeipräsidenten von Müffling nach Berlin mit den Wahlvorgängen in Bönenheim in Zusammenhang stehe, aufrecht. Thatsache ist nach der „Post“ ferner, daß Herr v. Müffling eine Untersuchung anordnete und das Vorgehen der Beamten vollständig correct fand, da in der Zusammenkunft im Wirthslocal eine Fortsetzung der aufgelösten Versammlung nach dem Gesetz zu erblicken war.

Der Vorstand des deutschen Kriegerbundes veröffentlicht in seinem Organ „Die Parole“ anlässlich der bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage einen Aufruf, der sich gegen die Socialdemokratie richtet.

Laut einer Kabelmeldung aus Zanzibar soll der deutsche Generalconsul Michahelles viele prächtige Geschenke des Kaisers Wilhelm für die leitenden Araber in Zanzibar und für die Secrétaire des Sultans mitgebracht haben.

Die „Köln. Zeit.“ brachte vor einigen Tagen eine Notiz über

die widerrechtliche Besetzung der Inseln Patta und Manda seitens der englisch-ostafrikanischen Gesellschaft und knüpfe daran die Erwartung, daß die englische Regierung dieses unautorisierte Vorgehen der Gesellschaft desavouieren werde. Hierzu bemerkt die „Post“: Wir können diese Erwartung nurtheilen und zweifeln nicht, daß die englische Regierung bei ihrer bisher stets bewahrten loyalen Haltung und bei der klaren Rechtslage Rembrandt eintreten lassen werde, um so mehr, da, wie es heißt, Verhandlungen zwischen Deutschland und England schweben, um die Frage der Zugehörigkeit der genannten Inseln einem Schiedsgerichte zu unterbreiten.

Das Besinden des Königs von Holland ist seit einiger Zeit so gut, daß derselbe beabsichtigt, am 19. Februar zu seinem 73. Geburtstage ein großes Galadiner auf Schloß Loe zu geben.

Ein Wiener Correspondent des „B. T.“ erhält Einsicht in einen Privatbrief aus Sofia, worin erzählt wird, die Verschwörer hätten für den 1. d. Ms., 3 Uhr früh, einen Extrazug bereit gehalten, um den Fürsten Ferdinand außer Landes nach Pirot zu bringen; auch eine militärische Escorte war vorbereitet; der Führer sollte Paniza selbst sein. Der „Nat. Ztg.“ zufolge ergiebt die Untersuchung die Verbindung Panizas mit Zankow. — Der Besluß der Reise des Prinzen Ferdinand nach Philippopol bleibt aufrecht.

Im Schlosse des Geheimrats Bleichröder zu Gütersloh bei Potsdam ist vergangene Nacht Feuer ausgebrochen. Der überreibende Phantasie eines Berichterstatters gegenüber, der die Gebäude bis auf den Grund zerstört und selbst den Schlossgarten vernichtet sein läßt, heißt der „Vorzeitung“ mit, daß es sich nur um einen Dachstuhlbrand von geringem Umfang gehandelt habe, der bald gelöscht wurde. Ein größerer Schaden ist nicht entstanden.

Einer Veruntreuung von Waaren im Werthe von 20000 M. hat sich in letzter Zeit der in dem Confectionsgeschäft von Voelklin u. Brünn, Spandauerstrasse 73, angestellte gewesene Commiss H. Schulz gemacht. Er und seine beiden Helfer sind verhaftet.

Frankfurt a. M., 7. Februar. Der „Frisch. Ztg.“ wird aus Belgrad gemeldet, der Präsident der Skupschina, Nicola Pasche, reiste heute angeblich nach der Schweiz, tatsächlich aber in besonderer Mission der Regierung nach Petersburg. Seine Reise dorthin ist in dem gegenwärtigen Augenblick um so wichtiger, als die Skupschina, deren Präsident Pasche ist, in den nächsten Tagen wieder zusammentritt.

Bukarest, 7. Februar. Bei den jüngst in Rustschuk Verhafteten, unter denen sich auch russische Unterthanen befinden, wurden compromittirende Schriften gefunden.

m. New-York, 6. Februar.* Ein Lawinensturz zerstörte die Dörfer Burke und Custer in Edaz. Neun Menschen wurden getötet; die Einwohner konnten meist rechtzeitig fliehen.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 7. Febr. Nachmittags 2 Uhr fand eine Sitzung des Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck statt. Die Nachricht der Kreuzzeitung, Bismarck habe den Abgeordneten Cremer empfangen, bezeichneten die „Berliner Polit. Nachrichten“ für unwahr.

München, 7. Febr. Die Kammer der Abgeordneten begann die Spezialdebatte über den Eisenbahnetat. In Beantwortung von Anfragen erklärte der Minister Crailsheim, die Herausgebung der Personentarife nur im Localverkehr und in der Umgebung größerer Städte sei finanziell vortheilhaft; der Handelsstand messe der Herausgebung der Gütertarife weit größere Bedeutung bei. Die Regierung werde wie bei den Gütertarifen auch betreffs der Personentarife vorsichtig vorgehen. Erhebliche Ermäßigungen seien nur unter Zustimmung des Landtages möglich. Was die Conversion der Eisenbahnschuld anlangt, erklärte sich der Minister für incompetent, er meinte jedoch, sie sei zu verschaffen; die Ermäßigung des Reisegepäcktarifs trete demnächst ein. Die Einstellung von Wagen dritter Klasse in Schnellzüge sei nur in dringendsten Fällen angänglich. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr mit 28396000 M. wurden genehmigt.

Wien, 7. Febr. Abgeordnetenhaus. Zur Berathung steht die Vorlage der Regelung der jüdischen Religionsgenossenschaften. Der Unterrichtsminister empfahl die Annahme des vom Herrenhaus beschlossenen Gesetzes und bemerkte dabei, die Regierung stehe den Tendenzen und Schlagworten, die in neuester Zeit hervortreten, fern und weise dieselben sehr entschieden zurück, da sie auf dem Standpunkt des Gesetzes stehe. Die Vorlage beabsichtige die Sicherung der vollen Autonomie der jüdischen Religionsgenossenschaft in ihren inneren und die Wahrung der Staatsinteressen in ihren äußeren Angelegenheiten.

Wien, 7. Febr. Dem „Fremdenblatt“ zufolge hatte der Präsident der österreichisch-ungarischen Staatsbahngesellschaft, Jouber, heute Mittag eine längere Unterredung mit dem Handelsminister, worin er die Grundlosigkeit der aus Paris verbreiteten Meldungen über seine

Einbeziehung in den Kupferringprozeß beteuerte und sich zur Erhöhung auf Deveschen berief, die er von offiziellen Pariser Persönlichkeiten erhalten.

Wien, 7. Febr. Die „Abendpost“ vernimmt betreffs der von der Ausgleichskonferenz festgestellten Reorganisation des Landeskulturraths von Böhmen, daß die Vorbereitungen der bezüglichen Landesgesetze im Ackerbauministerium bereits in Angriff genommen seien.

Budapest, 7. Februar.* Dem „Reinjeti“ zufolge gestalteten sich die Einnahmen des ungarischen Staates im letzten Quartal um 21 Millionen günstiger gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres.

Budapest, 7. Febr. Abgeordnetenhaus. Berathung des Ackerbaubudgets. Minister Szapary erklärt, daß die Regierung die umfassendste Vorsehung durch die strengste Handhabung des Veterinärgegesetzes zur Aufrechthaltung des Viehexports getroffen habe. Er erörtert sodann die Notwendigkeit einer radicalen Theilregulirung zur vollständigen Schiffsmachung derselben und mehrere andere Reformen; bezügliche Vorlagen stellt er für nächsten Herbst in Aussicht.

Rom, 7. Febr. Im Vatican fand heute am Jahrestage des Todes Pius IX. ein Trauergottesdienst statt. Demselben wohnten der Papst, die Cardinale, die Bischöfe und Prälaten des päpstlichen Hofes bei. Die Messe begann gegen 11 Uhr und wurde vom Cardinal Hohenlohe gelesen. Das diplomatische Corps und eine große Zahl Fremder waren zugegen. Nach der Messe erhielt der Papst die Absolution. Der Papst ist in Folge der beunruhigenden Nachrichten über das Bestinden seines Bruders sehr niedergelegt.

Rom, 7. Februar. Die „Stesani“ berichtet aus London, die französische und die englische Regierung werden Italien zu einem Einvernehmen über die Anerkennung der Regierung des Präsidenten von Haiti einladen.

Kopenhagen, 7. Febr. Landsding. Der Minister des Innern brachte Vorlagen ein, betreffend den Bau der Küstenbahn nach Helsingør und eines Freihafens bei Kopenhagen.

Paris, 7. Febr. Das Comité für die russische Anleihe setzte heute Vormittag das Datum der Emission endgültig auf den 20. Februar fest.

Paris, 7. Febr. Die „France“ meldet aus Odos: Auf dem Wege nach Harrar sei eine französische Karawane von 160 Kameelen und 85 Mann Escorte durch Sonnali niedergemeldet worden.

Madrid, 7. Febr. Die Leiche des Herzogs von Montpensier traf früh auf dem Südbahnhof hier ein. Minster, Behörden und Hochrägen begleiteten den Leichenconduct vom Südbahnhof nach dem Nordbahnhof, von wo die Leiche nach dem Cortal übergeführt wird. Dort findet Nachmittags die Beisetzung im Pantheon statt. — Nachrichten aus Havanna von heute melden den Tod des Generalkapitäns von Cuba, Salamanca.

Porto, 7. Februar. Gestern Abend veranstalteten Studenten eine Kundgebung zu Ehren des Dichters Antero Quental, des Präsidenten der nordischen patriotischen Liga, durchzogen die Straßen mit Fackeln und begaben sich nach dem Hauptgesellschaftsclub, dessen Fenster sie einwarfen, weil der Club die englischen Mitglieder nicht ausgewiesen, sondern sogar noch aufgenommen hatte.

London, 7. Febr. Während des Versuchs einer neuen Maschine auf einem Kreuzer bei Barracuda in der Nähe von Margate platzte ein Kessel, wodurch zehn Seesoldaten verletzt wurden, und zwar zwei derselben tödlich.

London, 7. Februar. Bis 3 Uhr wurden 161 Leichen in dem Schacht Abersygan aufgefunden.

Konstantinopel, 7. Febr. Ein officielles Communiqué bezeichnet die Nachrichten, daß in Folge des Firmans die Unzufriedenheit auf Kreta wachse, dort eine allgemeine Erhebung sich vorbereite, und daß Rußland, Frankreich, England und Italien der Porte eine Note wegen Übänderung des Firmans überreicht hätten, für vollkommen unbegründet. Auf Kreta herrsche Ruhe und bestes Einvernehmen zwischen den Muselmanen und Christen.

London, 7. Febr. Das Schlussprotokoll zum deutsch-türkischen Handelsvertrag wurde heute von den betreffenden Delegirten unterzeichnet.

Belgrad, 7. Febr. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Bulgarien sind abgebrochen, der serbische Delegirte Stejanovic ist zurückberufen.

* Für einen Theil der Auslage wiederholt.

Deutschfreisinnige Wählerversammlung.

H. Breslau, 7. Februar.

Die heut Abend im Gasperke'schen Locale auf der Matthiasstraße abgehaltene Wählerversammlung der deutschfreisinnigen Partei war ungemein zahlreich besucht. Stadtv. Morgenstern eröffnete dieselbe bald nach 8½ Uhr, indem er zunächst die Herren Stadtrath Geier, Schmidt, Schubert und Büchsenmacher Roth erfuhr, mit ihm das Bureau zu bilden. Che derselbe dem Candidaten des Ostens, Fabrikbesitzer und Stadtverordneten Becker, der für die heutige Versammlung eine Ansprache zugesagt hatte, das Wort erheilt, bemerkte er: Meine Herren! Der Tag, an dem wir berufen sein werden, die wichtigste Staatsbürgerschaft zu erfüllen, steht nahe bevor. Alle Parteien rüsten sich, an der Wahlurne ihrer Überzeugung Ausdruck zu geben. Die deutschfreisinnige Partei ist entschlossen, in den Wahlkampf einzutreten ohne Verbindung mit einer anderen Partei weder nach rechts, noch nach links, sondern gestützt auf ihre eigene Kraft, auf das Bewußtsein der Richtigkeit ihrer Grundätze und im Vertrauen auf die Einsicht der Wähler, welche sich durch die schönen Worte anderer Parteien nicht werden irre machen lassen. Nachdem Redner sodann um Nachsicht für den noch nicht ganz hergestellten Candidaten gebeten und die etwa Anwesenden anderer Parteien erfuhr, daß das Gastrecht zu rezipieren, erheilt derselbe Herrn Becker das Wort.

Derselbe (mit lebhaftem Beifall empfangen) führt folgendes aus:

M. H. Mir ist die Ehre zu Theil geworden, mich Ihnen als freisinniger Candidat für die bevorstehende Reichstagswahl vorstellen zu dürfen. Ich bin mir der Schwere der Pflichten, falls ich gewählt werden sollte, voll bewußt, und ernstlich mit mir zu Rathe gegangen, ob ich im Stande sein werde, diesen Genüge zu leisten. Ich habe in meiner langjährigen Tätigkeit in der Stadtratordneten-Versammlung oft Gelegenheit gehabt, die Säwme eines abgegebenen Votums zu führen und habe eine gewisse Bekanntheit, wenn ich denke, daß der Kreis meiner Verantwortlichkeit sich noch bedeutend erweitern könnte. Aber ich dachte, vielleicht gelingt es mir, mit Fleiß den Anforderungen gerecht zu werden, und ich will nicht leugnen, daß es mir als ein schöner Beruf erscheint, in Treue gegen das Herrscherhaus für das Volk wirken zu können. (Bravo!) Zunächst muß ich mein Bedauern aussprechen, daß ich verhindert gewesen bin, in der vorigen Versammlung nach Liebig zu sprechen; ich bin auch heut noch nicht ganz auf dem Platze, muß mir Schonung auferlegen und bitte um Nachsicht.

Meine Herren, dem Wunsch, mich kurz zu fassen, zu entsprechen, wird mir um so leichter, als ich freisinniger Candidat bin; und wenn ich Ihnen sage, daß ich voll und ganz auf dem Boden des Programms der deutschfreisinnigen Partei stehe, eines Programms, welches nach jeder Richtung hin klar und deutlich ist, werden Sie schon wissen, was Sie in politischer Beziehung von mir zu erwarten haben. Meine Herren, die Überzeugung, daß die politischen Grundätze unserer Partei die richtigen sind, hat sich nach und nach in mir bestätigt, und zwar aus den Erfahrungen des Lebens heraus. (Bravo!) Meine Herren, ich bin ferner der festen Überzeugung, daß, wenn unsere politischen Grundätze in unserer Regierung zum Ausdruck kämen, daß sich dann unser Vaterland sehr wohl und glücklich bei befinden würde. (Sehr richtig!)

M. H. Die Hauptforderung, welche sich durch unser ganzes Programm zieht, ist die Forderung: Gleicher Recht für Alle! Und diese Forderung entspricht so sehr meinem Gefühl für Gerechtigkeit, daß ich glaube und überzeugt bin, daß, wenn Geseze in diesem Sinne erlassen werden, sie geeignet sein werden, die weitaus größte Zahl der Bewohner Deutschlands zu befriedigen, soweit dies überhaupt möglich ist. M. H. Ich sage also: Gleicher Recht für Alle! Das ist mein Leidstift im politischen Leben. (Bravo!) Wenn man von diesem Standpunkte aus unser inneres politisches Leben betrachtet, so muß man sagen: wir befinden uns nicht in einer fortlaufenden, sondern in einer rückläufigen Bewegung. Die Cartellmajorität hat mit Erfolg den Verlust gemacht, unsere politischen Rechte zu schmälern, denn wir wählen heut den Reichstag auf fünf Jahre, anstatt wie früher auf drei Jahre, und was das bedeuten will, das braucht ich Ihnen nicht erst klar zu machen. Ferner ist

ßt unter der Herrschaft des Socialistengesetzes die Stimmenzahl gewachsen, und ich fürchte sehr, meine Herren, ich wünsche, daß ich mich täusche, wir werden den Beweis haben, daß sie auch weiter noch gewachsen ist. Ich für meine Person unterscheide in der Socialdemokratie zwei Kategorien. Die eine ist die der Verführten, derjenigen, welche, wenn ich mich so ausdrücken darf, der Socialdemokratie noch nicht mit Haut und Haaren angeheimgefallen sind, und der Ueberzeugten, der Idealisten.

Nun, meine Herren, gegen die Verführten wird, glaube ich, das Gesetz nicht wirken, sondern nur die Ueberzeugten, die Idealistinnen und Idealisten.

der Regierung gegenüber „nein“ zu sagen (Bravo!), wenn dieses „nein“ im Interesse des Volkes gerechtfertigt ist. (Bravo!) Wir sagen dann „nein“ aus Lust und Opposition, das wäre sündhaft und frivol. Wir sagen nur „nein“, wenn es unseren innigsten Überzeugungen entspricht. Wenn Sie meinen, daß diese meine politischen Ideen berechtigt sind, dann bestätigen Sie das durch Ihre Wahl und helfen Sie uns, daß wir diese unsere Prinzipien aus der Theorie nun auch in die Praxis übertragen können. (Lebhafte und andauernde Beifall.)

nicht wirksam sein, nicht geeignet sein, sie von der Erkenntniß abzubringen. Ich stehe hier auf dem Standpunkte, daß ich die Lehreung für angebracht erachte und bestärkt werde ich darin, weil in dem deutschen Volke und speziell in dem Arbeiterstande ein unglaublich entwickelter Sinn für das Praktische und Erreichbare liegt; und wenn es möglich ist, diese Verführten davon zu überzeugen, daß die Endziele der Socialdemokratie nicht zu erreichen sind, und daß selbst der socialdemokratische Staat, selbst wenn er erreicht werden könnte, sofort wieder gestürzt werden müßte, weil ihm alle Lebensbedingungen abgehen; wenn es gelänge, das den Verführten Nutzen zu machen, würden sie sich bald von solchen nutzlosen Bemühungen abwenden und nicht mehr Zeit und Geld verschwenden.

Dr. H.! Nach dieser Richtung wird das Wort unseres Kaisers in seinem neueren Erlass viel besser wirken, als das Socialistengesetz. Dem Ueberzeugten, dem Idealisten wird erst recht nicht durch dieses Gesetz beizukommen sein, welches die Socialdemokratie wie mit eisernen Klammern umschließt. Die Idealisten, die Ueberzeugten, werden die schwere Strafe, welche sie durch das Gesetz erleiden, gern und willig auf sich nehmen; aber das Gefährlichste ist, es werden die Märtyrer dafür entstehen, die Geschichte beweist, daß eine geistige Bewegung nie mit Mitteln der Gewalt unterdrückt werden kann. (Bravo.)

M. H. Es ist doch ganz eigenthümlich, daß wenn man mit Männern aus verschiedenen Ständen über die Socialdemokratie spricht und deren Verhältnisse, so ist das Ende eines derartigen Gespräches immer — und ich habe dies schon hundert Mal erfahren — so: „ich verdenke es den Arbeitern gar nicht, daß sie Socialdemokraten sind, wenn ich Arbeiter wäre, wäre ich es auch.“ Nun, m. H., das ist doch ein Bugeschändnis, wenigstens gewisser Forderungen eines Theiles der Socialdemokratie und ich für meinen Theil stehe auf dem Standpunkt, daß wir selbst schuld sind, daß die Socialdemokratie überhaupt den Boden bei uns in Deutschland gewinnen konnte. Wenn man auf der einen Seite sieht, daß Gesetze erlassen werden, die dem ärmeren Theile der Bevölkerung alle Lebensmittel vertheuern, und wenn der betreffende Theil sieht, daß das, was er gewissermaßen erspart und abdabt, dem wohlhabenden Theile der Bevölkerung zugute kommt, so muß es den Boden für die Socialdemokratie vorbereiten, denn es erweckt innerlich natürlich das Gefühl der Unzufriedenheit. (Bravo!)

Meine Herren! Die Unzufriedenheit ist grade das, was der Socialdemokratie die Wege ebnet, und auf der anderen Seite, wenn die Arbeiter sehen, daß vielen Kategorien von Menschen durch das Gesetz geholfen wird, den Landwirthen durch die Getreidezölle, einzelnen Industriezweigen durch Schutzzölle, dann werden Sie meine Herren, es ganz natürlich finden, daß in dem Arbeiter der Wunsch rege wird, auch seinen Theil daran zu haben, und gerade durch solche Bevorzugung einzelner Gesellschaftsklassen wird der Socialdemokratie der Boden am meisten bereitet. Wenn der Arbeiter sieht, daß er zurückgesetzt wird, dann schlicht er sich naturgemäß an die an, die ihm versprechen, daß ihm werde geholfen werden, und das sind eben die Socialdemokraten. (Sehr richtig.) M. H.! Sie wissen, daß der Kaiser neuerdings mit Ernst daran geht, den Ursachen nachzu forschen, welche die Socialdemokratie ermöglicht haben und die Möglichkeit aufzusuchen, so weit wie möglich Abhilfe zu schaffen.

Nun m. h., unser Kaiser wird von allen Parteien unterstützt werden, denn es liegt im Interesse Aller, daß die Verhältnisse klar gelegt werden und daß möglichst Abhilfe geschaffen wird; aber wir haben auch gehört, daß Se. Majestät zunächst den Kronrath zusammenberufen will, und Männer, welche geeignet sind, Ausschluß über das was den Arbeitern Roth thut zu geben. Nun bin ich für meine Person von dem aufrichtigen Wunsche durchdrungen, daß es gelingen möchte, diejenigen Männer herauszufinden, die auch das Herz haben, für das Volk einzutreten, und welche wissen, woran es liegt. (Beifall.) Ich möchte, daß nicht in diesen Kronrath Männer berufen würden, welche Gesinnungen haben, wie der Herr, von dem Sie bei dem letzten Bergarbeiter-Ausstande in Westfalen gehört haben, einem Partei-

M. H.! Die Thatſache, daß das in einer öffentlichen Versammlung ausgesprochen worden ist und daß das Organ der Cartellparteien Veranlaßung genommen hat, das weiter zu tragen, veranlaßt mich, nunmehr noch einmal darauf zurückzukommen. Wenn der Bericht der „Schlesischen Zeitung“ getreu und wenn darin von Abgleichungen die Rede gewesen ist, so enthalte ich mich jedes weiteren Eingehens auf die Sachen, denn ich bin gewohnt, auch im politischen Kampfe mit anständigen Männern auch nur anständig zu verkehren, und wenn ein anständiger Mann mir sagt: „das habe ich nicht gesagt“, so glaube ich ihm, und ich verlange, daß man mich in gleicher Weise auch im politischen Kampfe behandelt. Wenn das aber nicht geschieht, dann soll man von mir nicht verlangen, den anständigen Ton zu verlassen und mich dazu herbeizulassen auf einen künstlichen Ton einzutreten.

Standen so außerordentlich hängen, denn Sie sehen, daß fast immer der Sohn wieder den Stand seines Vaters ergreift, also eine seßhafte Bevölkerung, Leute, die ein Herz für die Familie haben, denn wenn der Vater am Morgen hinauszieht zu seiner Arbeit, weiß er nicht, ob er seine Familie am Abend wiederseht, wenn ein solcher Stand der Socialdemokratie in die Hände getrieben wird, was muß da gesündigt worden sein. Ich kann mir für meine Person sehr wohl denken, daß wenn diese Leute mit Herren wie dem von mir erwähnten zu thun haben, verstimmt werden müssen. Wenn ich nun weiter gehe und komme auf die Gesetze, die in socialpolitischer Beziehung erlassen worden sind, da muß ich von meinem Standpunkt aus sagen, daß das Alters- und Invalidengesetz nicht geeignet sein wird, alle Zwecke zu erfüllen, die man von ihm erwartet. Ich verkenne nicht die gute Absicht, welche die Regierung bei Einbringung des Gesetzes gehabt hat, aber ich glaube, die Ausführung derselben wird nicht möglich sein. Ich gehöre zu Denen, die später gern werden eingestehen wollen, daß wir uns getriert haben und daß das Gesetz zum Wohle des Vaterlandes ausgeschlagen ist.

Ich möchte, m. H., noch eine andere Seite unseres Programms berühren, wenn ich so sagen darf, die ideale Seite. Ihnen allen, m. H., sind die Klagen bekannt, welche Prinz Carolath bei Berethnung des Sozialistengesetzes ausgesprochen hat. Er beschwerte sich darüber, daß dem deutschen Volke die Ideale verloren gegangen seien, ferner, daß im deutschen wärtig ein Streberthum geltend mache, daß sonst nicht ein Zug im deutschen Volks-Sie werden könne, daß wir wohl unsern Volke seine Ideale erhalten und wollen, die allerdings nicht blos darin bestehen, daß wir unser Vaterland nach außen hin groß, herrlich und mächtig hinstellen wollen, sondern auch darin, daß wir im Innern geeint und festgesetzt verbunden sind, daß unsern Volke der innere Frieden wiedergegeben werde, auf dem die Glückseligkeit auf Erden überhaupt nur zu erreichen ist. (Lebhafte Bravo.) Ferner, m. H., das, was die christliche Religion durch ihr schönstes und erhabenstes Gebot, das Gebot der Nächstenliebe erreichen will, dasselbe wollen wir durch unsere Forderungen im politischen Leben erreichen. Gleicher Recht für Alle (Bravo), denn wir werden unsre Nächstenliebe nicht besser befähigen können, als wenn wir jedem Andern dasselbe Recht zuerkennen, auf welches wir Anspruch machen. Einem derartig Gesinnten wird es unmöglich sein, Gesetze zu schaffen, welche nicht das Wohl Aller im Auge haben. Das Streberthum hat in unsern Reihen keinen Platz. Wir üben unsere Grundfäße, weil wir ihre Richtigkeit erkannt haben, aber

Stimmen, für den deutschfreisinnigen Kandidaten 3500, für den carlischen 4600 und für Fadel-Kühn 1500. (Heiterkeit.)

M. H.! Ich habe den Namen der Kürze halber gebraucht, indem auch ich annehme, daß die Anwesenden wissen werden, wer darunter zu verstehen ist. Bei der Stichwahl hatte der sozialdemokratische Kandidat 210 Stimmen, der Freisinnige 260 mehr erhalten. Sie sehen, die Stimmenzahl der Cartellisten hat sich beinahe gleichmäßig auf die beiden Kandidaten verteilt und ich muß annehmen, daß sogar der größte Theil ihrer Stimmen sich auf den sozialdemokratischen Kandidaten konzentriert hat; denn es kann ohne weiteres angenommen werden, daß die auf Kühn gefallenen Stimmen die zum größten Theil dem Centrum angehören, mit uns gestimmt haben. Weiter habe ich mir nochmals durch den Kopf gehen lassen, wie sich dann im Jahre 1888 bei der Stichwahl die Schlesische Zeitung benommen hat. Hat sie in den paar Tagen, die zwischen der Hauptwahl und der Stichwahl liegen, auch nur ein einziges Mal einzutreten? für angezeigt gehalten, für den freisinnigen Kandidaten einzutreten?

Aber machen wir, m. H., die "Schlesische Zeitung" nicht schlimmer als sie ist; sie hat ein ununterschriebenes Inserat gebracht, in dem aufgefordert wurde, es sollten doch die Cartellparteien für uns stimmen. Sollte will Ihnen heut auch verraten, wer dieses Inserat aufgegeben und bezahlt hat. Dieses einzige Inserat in der "Schlesischen Zeitung" ist aufgegeben und bezahlt worden von dem Wahlverein der deutschfreisinnigen Partei.

M. H.! Das ist der Eifer der cartellistischen Partei, die uns jetzt die Balken in unserem Auge zeigen will für Neuerungen, die wir tatsächlich

bekennen. M. H.! Dieser persönliche Streit ist mir so wider-

Nun möchte ich noch einschalten, daß ich selbstverständlich es für richtig halte, wenn wir von unseren Abgeordneten die größte Sparsamkeit verlangen. Wir müssen die Sparsamkeit überall da üben, wo sie angebracht ist, denn wir haben auf einer Seite die Steuerkraft des Volkes zu schonen und auf der anderen Seite schwerwiegende Ausgaben im Interesse der Erhaltung der vollen Wehrkraft zu leisten, Ausgaben, die wir unbedingt leisten müssen, wenn wir nicht das Vaterland in Gefahr bringen wollen. Wir müssen im Weiteren unter allen Umständen für eine Erhöhung der Gehälter derjenigen Beamten eintreten, welche durch die gegenwärtige Theuerung in eine Notlage verkehrt sind, und ich sage nicht zuviel, wenn ich gerade für unsere Partei das Recht in Anspruch nehme, daß wir die ersten gewesen sind, welche im Reichstage dahingehende Anträge gestellt haben. Heute ist ja unter allen Parteien eine sehr erfreuliche Übereinstimmung in dieser Beziehung; aber wir sollen und wollen auch dafür sorgen, daß diese Gehaltsaufbesserungen auch in die richtigen Hände gelangen. Nun, m. H.! Wenn ich Ihnen nun sage, daß ich in diesem Sinne unser Programm zur Ausführung bringen will, so sehe ich mich damit nicht in Gegenjag zu meinen Pflichten als guter und treuer Unterthan. Wir sind, m. H., eine monarchistische Partei. Aber man kann sagen, was man will; wir wollen den Thron unseres Kaisers stützen mit den festesten Stühlen, und glauben das am besten damit zu thun, wenn wir in das Parlament Männer wählen, welche auch im Stande sind, einmal

Nebner ist überhaupt der Ansicht, daß die gegenwärtige sozialpolitische Gesetzesgebung vielleicht einen augenblicklichen Erfolg erringen wird, daß es aber auf die Dauer den Erfolg nicht haben wird, den die Bemühungen der freisinnigen Partei durch das Prinzip der Selbsthilfe und die Heranziehung der Arbeiter zu allen derartigen Vereinigungen erreichen zu können glaubt.

Zum Schluß seiner von der Versammlung mit lebhaftem Interesse und lautem Beifall entgegengenommenen Ausführungen kommt der Vortragende noch auf die jüngsten kaiserlichen Erlasse zu sprechen. Wir sind aus Mangel an Zeit und Raum nicht in der Lage, auf diesen Theil des interessanten Vortrages näher einzugehen und bemerken nur, daß Redner nach forsältiger Erwägung zu der Überzeugung gelangt ist, daß es nicht blos unser Recht, sondern auch unsre Pflicht ist, diese Erlasse und die Intentionen, welche der Kaiser darin niedergelegt hat, unserer Würdigung zu unterziehen.

Nach einem kurzen Schlussworte des Vorsitzenden wurde sodann die Versammlung gegen 10 Uhr geschlossen.

Handels-Zeitung.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.
Berlin, 7. Febr. Neueste Handelsnachrichten. Geld.

Berlin, 7. Febr. **Neueste Handelsnachrichten.** Geld stellte sich an der heutigen Börse angesichts der am 12. d. Mts. von Seiten des mehrfach erwähnten Uebernahmecoconsortiums zu leistenden Einzahlung auf die zwei Tage später zur Subscription gelangenden 129 Millionen der deutschen $3\frac{1}{2}$ prozentigen Reichsanleihe etwas knapper. Heute Vormittag fand unter dem Vorsitz des Reichshankräischen

— Heute Vormittag fand unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten von Dechend die alljährlich um diese Zeit stattfindende Versammlung der Theilhaber der Abrechnungsstelle (clearing house) statt. In derselben wurde constatirt, dass sich der Verkehr wieder bedeutend gehoben habe und dass an erster Stelle Hamburg, Frankfurt und Berlin stehen. Der bisherige Ausschuss wurde wiedergewählt. — Demnächst findet eine Aufsichtsrathssitzung der Berliner Handelsgesellschaft statt, in welcher der Abschluss für das Jahr 1889 vorgelegt werden wird. Die „Voss. Ztg.“ schreibt hierzu: Dieser Abschluss wird geeignet sein, die Erwartung der Actionäre insofern voll zu befriedigen, als er von dem Bestreben Zengniss ablegen wird, auch für die Zukunft in möglichster Weise Fürsorge zu treffen. So hören wir, dass die bedeutenden Gewinne aus den Geschäften der letzten Zeit, wie Herne-Bochum, Bochumer Gussstahlverein und dem italienischen Geschäft, nicht für 1889 berechnet, sondern auf 1890 übertragen worden sind. Trotzdem wird noch eine bedeutende Reservestellung innerhalb der vorjährigen Rechnung möglich sein. — Zur russischen Conversion bemerkt die „Allg. Reichscorresp.“: Der Cours der 1855er Stieglitzanleihe für den Umtausch gegen neue Consols ist auf 95 pCt. festgesetzt worden. Die Inhaber der 1855er Stücke, welche den Umtausch nicht annehmen, sind gezwungen, die Rückzahlung in Silberrubeln zu acceptiren. — Aus Hamburg wird gemeldet: Die Direction und der Verwaltungsrath der Norddeutschen Bank beantragen für die Generalversammlung am 1. März die Erhöhung des Actienkapitals um 15 Mill. Mark neuer Actionen, welche Actionären zu 150 pCt. anzubieten sind. — Die Commandit-Gesellschaft für Eisenbahnen und öffentliche Bauten, F. Thiel, Berlin, ist mit einem süddeutschen Consortium um die Concession für eine Bergbahn von dem Königstein im Taunus auf den Feldberg eingekommen. — Von den neuen Actionen der Zeche Dannenbaum im Betrage von $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark, deren Ausgabe behufs Ankaufs der Zeche Prinz-Regent von der ausserordentlichen Generalversammlung vom 20. Januar beschlossen wurde, werden nunmehr 1500000 Mark den alten Actionären angeboten; auf je fünf alte Actionen à 1000 Mark entfällt eine neue à 1000 Mark zu 156 pCt. Das Bezugsrecht ist vom 8. bis zum 22. d. Mts. bei der Dresdner Bank und S. u. L. Rothschild hier auszuüben. — Bezuglich der Nachricht aus Breslau, nach welcher die Laurahütte einen neuen Kohlenabschluss mit einem Mehrerlös von $1\frac{1}{4}$ Millionen Mark gemacht haben soll, theilt die „B. B.-Z.“ mit, dass, wenn die Thatsache richtig ist, sich der Abschluss nur auf die Zeit vom 1. Juli 1890 ab beziehen kann, da Laurahütte bis dahin ihre Kohlen fest verschlossen hat. Der Mehrgewinn aus dem neuen Kohlenabschluss käme daher selbstredend auch erst der nächstjährigen Geschäftsbilanz, d. h. pro 1890/91, zu Gute.

pro 1890/91, zu Gute.
Berlin., 7. Februar. **Fondsbörse.** Obwohl heute zu Beginn der Börse ungünstige Nachrichten nicht vorlagen, fand die Baissebewegung auf allen Gebieten energische Fortsetzung. Auch heute ging die Bewegung vom Montanmarkt aus. Trotzdem auf dem industriellen Gebiete speziell in der Eisen- und Kohlenbranche keine beeinträchtigenden Momente hervorgetreten sind, will man nicht annehmen, dass die Speulation den eingetretenen Zustand der Beharrung als Rückzug betrachtet. Thatsache ist, dass heute seitens des Publikums umfangreiche Verkäufe vorlagen und die Contremine thätig mit einging, um einen Druck auf die Course auszuüben. Die Angriffe richteten sich vornehmlich gegen die Banken, da man annimmt, dass dieselben sehr grosse Beträge reporterter Effecten besitzen. Neben Commandit-Anhieilen waren Handels-Gesellschaft am meisten offert und mussten mehrere Procente nachgeben, ebenso Dresdner Bänk und Nationalbank für Deutschland. Credit 178,50 bis 178,60 bis 178,10, Nachbörsche 176,60, Commandit 245,25—245—244,60—245—243,50, Nachbörsche 242,20. Montanpapiere: Kohlenwerthe stark weichend. Bochumer 232,10—233—231—231,10—226,50, Nachbörsche 225, Dortmund 115,60 bis 116—113,80, Nachbörsche 112, Laura 168,75—168,90—166, Nachbörsche 164,80, Donnersmarckhütte 94,50—93, Nachbörsche 92,90, Hibernia 215,25—215,75—211,75, Nachbörsche 210. Oesterreichische Bahnen schlossen sich der Gesamtströmung an. Deutsche Bahnen waren relativ fest, doch blieben die Umsätze minimal. Billiger gingen Lübecker, Ostpreussen und Marienburger um. Auch die Schweizer Bahnen, die italienische Mittelmeerbahn und Warschau-Wiener hatten Einbussen zu verzeichnen. Fremde Renten erfuhren leichte Abschwächungen, besonders Ungarische Goldrente und Russische Noten. 1880er Russen

sonders Ungarische Goldrente und Russische Noten. 1880er Eussen 94,10—94, Nachbörse 94,10, Russische Noten 221—221,25—220,50, Nachbörse 220,30, 4 proc. Ungarn 89,25—89,20, Nachbörse 88,90. Im weiteren Verlauf, besonders gegen Schluss, nahm die Verflauung des Marktes zu, namentlich für Eisenbahnauctionen und Bankwerthe war der Schluss flau am Cassamarkte. Gross der heimischen und fremden Bahnen unverändert, Cassabanken relativ gut behauptet, Spiritbank Wrede, Norddeutsche Grunderedit besser bezahlt, für Realcreditbank Frage. Für Berg- und Hüttenwerke überwog Verkaufseignung, ausgenommen Menden und Schwerde und Thale-Bahn, welche die Course erhöhen konnten. Grössere Werthermässigungen erfuhrn Barop, Borussia, Arenberg, Harkort Stamm-Prior., König Wilhelm, Aplerbecker und Hölder Stamm-Prior.; Oberschlesischer Eisenbahnbedarf 114,50 bez. Inländische Anlagewerthe fest aber still; 4proc. Reichsanleihen gewannen 0,30 pCt.; $3\frac{1}{2}$ proc. Consols erholten sich um 0,10 pCt. Oesterreichisch-ungarische Prioritäten leblos, abgeschwächt, Serben besser gefragt. Russische Prioritäten erfuhrn Coursabschwächungen, die durchaus nicht so gross waren, wie manche Amerikanische Werthe gut zu lassen.

schnittlich 0,10 pCt. betragen, Amerikanische Werthe gut zu lassen.

Berlin, 7. Februar. **Prodnotenbörse.** Die Stille im Verkehr der meisten Artikel war auch heute noch vorhanden, aber sie zeigte auf einzelnen Gebieten ausgesprochen matte Tendenz. — Loco Weizen ohne Handel. Im Terminverkehr kamen auch heute nur vereinzelte Transactionen zu Stande, bei denen die Course von Neuem $1\frac{1}{2}$ — $3\frac{1}{4}$ M. Einbuße erlitten. Bei den erheblich niedrigeren amerikanischen Notirungen darf das nicht Wunder nehmen, obwohl die letztjährige derartige Besserung hier keinen Widerhall gefunden hat. — Loco Roggen hatte massigen Umsatz zu unveränderten Preisen. Der Terminhandel hatte besonders unter der bestehenden Unlust zu leiden; obwohl bekannt war, dass Platzmühlen einige Pöstchen Waare vom Boden und schwimmend acquirirt, erwiesen sich doch die Realisationsofferten als überwiegend; dadurch verließ der Markt matt. Nach Schluss liessen sich alle Sichten in Folge des merklich gewichenen Rubel-Courses unter Notiz anschaffen. — Loco Hafer wenig verändert. Termine billiger; es drückten namentlich Verkäufe per Herbst anscheinend für österreich-ungarische Rechnung. — Roggengehl preishaltend. — Mais still; von Terminen April-Mai schwach behauptet, die anderen Sichten fest. — Rüböl setzte unter dem Eindrucke der Pariser Flane wesentlich niedriger ein, erholt sich aber bei lebhafter Kauflust so weit, dass die Course kaum noch niedriger als gestern schlossen; besonders traten Mühlen begehrend auf. — Spiritus bei stilem Verkehr schwach behauptet; die Getreidesflaue hinderte die Wirkung voll

Hamburg. 7. Februar, Nachmittags. Kaffee: Good average Santos per Febr. $83\frac{1}{4}$, per März $83\frac{1}{4}$, per Mai 83, per Septbr. 82



Gerolsteiner Sprudel

Tafelgetränk I. Ranges.

Preisgekrönt auf allen beschickten Ausstellungen.

Vorzügliches Mittel gegen Verdauungsstörung und Magensäure.
Haupt-Niederl.: Oscar Giesser, Mineralwasserhandlung.

[1027]

Handels-Marke.

Die Krankheiten der Brust sind unheilbar

wenn der Leidende vernachlässigt, sie zu bekämpfen. Wer an (Athenotho). Luftröhrenkatarrh, Spitznassenfektionen, Bronchialtröhre den Absud des Brustthee (russ. polygonum), welcher echt in Packeten à 1 Mark bei Ernst Weidemann, Liebenburg a. H., erhältlich ist. Broschüre dasselbst gratis und franco. [427]

Holzverkauf

Oberförsterei Rogelswitz.
Am Mittwoch, d. 12. d. Mts.,
Worm. um 9½ Uhr an, kommen
im Teuber'schen Gasthause zu
Gr. Leubus zum Ausgabe:

1) vom neuen Einschlag: Jagen
92 b ca. 1700 Stück liefern mit ca.
750 fm, neuer Bauplatz der IV. und
V. Taxklasse, u. 160 fm liefern
Scheit, Jagen 187 b ca. 250 Scheit
II. V. Kl. [1744]

2) vom vorjähr. Einschlag: Brennholz aus den Wäldern Rogelswitz II,
Baruth und Döbern nach Borrath
u. Borsdorf.

Rogelswitz, den 5. Februar 1890.
Der Oberförster.

6000 Mark

auf ein hiesiges in gut. Lage befindl.
Grundstück innerhalb der städtischen
Feuerwehr zu 5% per 1. April er.
gesucht. Offerten hauptpostlagernd
unter Chiffre L. P. Nr. 1. [2395]

Gegl. Beamer in sicherer Stellung
sucht 800 bis 1000 M. gegen
hohe Zinsen. Off. an die Exped.
der Bresl. Btg. unter B. 9. [2386]

Ein Kaufmann wünscht sich
an einem größeren, soliden
Fabrikunternehmen, am liebsten
Brauerei, mit 80—100,000
M. thätig zu beteiligen.
Offerten erb. an Hassenstein
S. Vogler A.-G., Stettin,
unter C. W. 90. [629]

Seradella, garant. 89er Ernte, hochkeimfähig,
Schlesischen Rothklee,

Weissklee,
Schwedisch Klee,
Bullenklee,

Provençal Luzerne,
Thimothé,
italienisches, französisches und
englisches Raigras

offerirt in attestirte seidefreier
Qualität mit höchsten garantirten
Keimfähigkeitsprozenten

Oswald Hübner, Breslau,
5 Christophsplatz 5.

Ural-Caviar

a Pfund 4,50 Mark. [2116]
Beste conserv. Matjes-Heringe,
Kieler Sprotten, Lachsgeringe,
Kiefer-Büchlinge, d. Std. v. 5 Pfg. an
Große Kieler Fündner, Salz-
geringe, die Mandel 0,50—1,20 M.

C. Boguslawski,
Gartenstr. 19 (Liebigs Etablissement).

Sehr schönen (Vandeker)
Himbeersaft, Liter 1,60 M.

E. Stoerner's Nahr., Orlauerstr. 24.

Prima! Osterpflaumen

offeriren [615]

M. Lauer & Strauss,
Prag.

Dr. Spranger'sche Heilsalbe

heilt gründlich veraltete
Beinschäden, Wunden, böse Finger etc. in kürzester Zeit.

Brennunt. Hize und Schmerzen,
verbüttet wildes Fleisch. Sieht
jedes Geschwür, ohne zu schneiden,
gelind und sicher auf. Bei Hufen,
Halschmerz, Drüsen, Kreuzschmerz,
Zwietrich, Reizern, Wicht tritt so-
fort Linderung ein. Zu haben i. d.
Apotheke a. Schachtel 50 Pf. [1497]

Epilepsie

(Fallnacht, fallende Krämpfe).

Das wirksamste bis jetzt bekannte
Mittel gegen obige Krankheit ist

Bromkalium in chemisch reinster
Reinheit. Als Lieferant für die
hiesige epileptische Anstalt, die
größte Deutschlands, versende ich
obiges Mittel auch auswärts. [2018]

Wenig Benützungszeiten sehr geringe
Preise. Man wende sich an die

Apotheke zum rothen Kreuz
in Gaddertal-Bielefeld. [1497]

A. Leggemann.

Ein wahrer Schatz

für alle durch jugendliche Ver-
irrungen Erkrankte ist das be-
rühmte Werk: [1028]

Dr. Retau's Selbstbewahrung.

80. Aufl. mit 27 Abbild. Preis
3 M. Lese es jeder, der an
den Folgen solcher Laster leidet,
tausende verdanken demselben
ihre Wiederherstellung.

Zu beziehen durch das Verlags-
magazin in Leipzig, Neumarkt

Nr. 34. In Breslau vorrätig
in G. Schubert's Buchdr. u.

Neumarkt 19, und in Brieg in
G. W. Krothel's Buchdr. [1497]

18 000 Stück

Fieserne Schwellen

von 1,25 m. Länge, 20 cm. Breite
und 10 cm. Stärke werden für

Polen zu kaufen gesucht. [641]

Offerten franco Stat. Dombrowa
der Warschau-Wiener Bahn werden

unter J. A. 7000 an Rudolf
Mosse, Berlin S.W., erbeten.

Meine nach der neuesten Technik
eingeschaffte Dampfmühle (mit
Spiechern) ist sofort oder vom ersten
April er. zu verpachten, oder in
Vohmälzer zu vergeben.

Tägliche Leistung 5 bis 6 Wspel.
Gute Verkehrsverbindungen, Eisen-
bahn 10 und 15 Kilometer. [1724]

J. N. Wrzesinski
in Abewnan,

Dampfzgiele- u. Mühlenbesitzer.

Alle Arten alte Maschinen, Ma-
schinentheile, Hütten- und

Grubenanlagen zum Abbr. Eisen-
u. Metalle kauf und zahlt höchst

Preise [955]

L. Ritter,
Königshütte Os.

Tüchtige erste Verkäufer

für die Kleiderstoff-Abtheilungen meiner Münchener und Nürnberger
Häuser sowie mehrere Verkäufer für die Leinen- und Wäsche-
Branche engagire per März oder April mit hohem Gehalt.

Verlönliche Meldungen von nur qualifizierten Bewerbern Sonntag
von 1—3 Uhr im „Hôtel de Hamburg“ Berlin, Heiligegeiststraße,

S. Guttmann.

Apothekerlehrling.

Zum 1. April eventl. früher kann
ein junger Mann aus guter Fam.
in dieses größ. Geschäft eintreten.
Offerten sub P. A. 3 a. d. Exped.
der Bresl. Btg. [2357]

Ein Lehrling,

christl. Confession, der die Destillation
praktisch erlernen will, findet bei
freier Station sofort Stellung bei
E. Schlesinger.

[1737] Destillation, Ratibor.

Vermietungen und Miethsgesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Bahnhofstraße 7

ist die von dem verstorb. Fr. Kahlert
seit langen Jahren vermietete 2. Et.
mit Gartenbesuch, p. 1. Juli eventl.
1. Octbr. c. zu verm. ebendas. in der
3. Et. 1 Wohn. v. 3 St. Cab. Küche etc.
f. 600 M. p. 1. Apr. Näh. das. 1. Et.

Grundstraße 7

ist die dritte Etage, bestehend aus
fünf Zimmern etc., von Ostern ab zu
vermieten. [1758]

Grünestraße 21,

ruh. saub. Haus, eleg. 2. Etage, ie
3 Zimmer, Cabinet etc., zu verm.

Auguststraße 1, Ecke Tannen- straße, sind 5 Zimmer bill. zu vermieten. Näheres 1. Stock.

Kaiser Wilhelmstr. 40,

1. Et. 1, 5 Zim., Badec. etc., zu
verm. f. 920 M. per Ostern zu verm.

Klosterstr. 36 u. 36a

ist d. 1. Et. bald zu verm., auch eine
Wohn. im 2. Et. zu 500 M. p. bald.

Ein Geschäftslocal

in Albrechtsstr. 6, Palmstr. f. 750 M.
zu verm. Näh. Bahnhofstraße 7, 1. Et.

Gasthof zum schwarzen Adler,

am Ring, ist 1 Laden, i. welcher
seit vielen J. ein Posam. u. Weiß-
waren-Gesch. in Erf. betr. worden ist,
zu verm. u. p. 1. April zu beziehen.
Ohlau, den 3. Febr. 1890.
[2420] E. Neumann.

Ein großer, schöner Laden

mit Comptoir und Lagerraum,
in der besten Geschäftslage, per
1. März oder später zu vermieten.

F. Franke,

Colonialwarenhandlung,
Neisse. [1753]

In einer Provinzialstadt Schlesiens

ist am Ringe ein großer Laden
mit eleganten gr. Schaukästen,
zu jedem Geschäft sich eignend, nebst
Wohnung und Ladeninrichtung
sofort zu vermieten. Refectanten
bekommen Auskunft unter D. E. 200
in der Exped. der Bresl. Btg.

Palmstraße 20

ist der 1. Stock im Ganzen, für den
jährlichen Mietspreis von 1200 M.
zu vermieten und am 1. April er. beziehbar.
[2404]

Palmstraße 21

ist der 2. Stock im Ganzen, für den
jährlichen Mietspreis von 1400 M.
zu vermieten und am 1. April er. oder gleich beziehbar. Näheres daselbst
zu jeder Tagesstunde durch die Haushälterin.

Telegraphische Witterungsberichte vom 7. Februar.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.

Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort	Gr. u. M. Meeres- niveau rechte in Fuß	Temperat. in Celsius- Gradein.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullagnmore	774	1	O 4	bedeckt.	
Aberdeen	775	-1	W 1	heiter.	
Christiansand	766	5	WSW 7	bedeckt.	
Kopenhagen	773	-1	W 2	wolkenlos.	
Stockholm	766	-2	W 4	h. bedeckt.	
Havaranda	746	-1	W 4	h. bedeckt.	
Petersburg	764	-13	WNW 1	wolkenlos.	
Moskau	759	-3	N 1	bedeckt.	
Cork, Queenst.	772	6	OSO 5	wolkig.	
Cherbourg	769	4	ONO 5	bedeckt.	
Helder	774	3	ONO 2	wolkig.	
Sylt	774	-1	still	Dunst.	
Hamburg	775	-1	S 1	wolkig.	
Swinemunde	774	-3	still	h. bedeckt.	Rauhfrost.
Nensfahrwasser	772	1	NW NW 2	bedeckt.	
Memel	771	-1	still	wolkig.	
Paris	769	-1	ONO 2	bedeckt.	
Münster	773	-1	NO 5	bedeckt.	
Karlsruhe	770	0	NO 4	bedeckt.	
Wiesbaden	771	0	NO 2	bedeckt.	
München	768	4	NO 5	Schnee.	
Chemnitz	774	-3	ONO 1	wolkig.	
Berlin	774	-1	N 2	wolkig.	
Wien	769	-1	NW NW 2	bedeckt.	
Breslau	771</td				